

# KODAK GRAY SCALE

|          |                     |              |          |                       |                 |          |                      |                |
|----------|---------------------|--------------|----------|-----------------------|-----------------|----------|----------------------|----------------|
| <b>C</b> | Red-Filter Negative | Cyan Printer | <b>M</b> | Green-Filter Negative | Magenta Printer | <b>Y</b> | Blue-Filter Negative | Yellow Printer |
|----------|---------------------|--------------|----------|-----------------------|-----------------|----------|----------------------|----------------|



|       |         |       |      |        |         |             |        |       |
|-------|---------|-------|------|--------|---------|-------------|--------|-------|
| black | 3-color | white | cyan | violet | magenta | primary red | yellow | green |
|-------|---------|-------|------|--------|---------|-------------|--------|-------|

# KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*

**W. Hlsmann**

**Über Privatwohlthätigkeit und öffentliche  
Armenpflege.**

**1847.**



UB Braunschweig

84



2301-532-8

Bibliothek  
der Verlagsbuchhandlung  
FRIEDR. VIEWEG & SOHN  
Braunschweig

Ueber

**Privat-Wohlthätigkeit**

und

**öffentliche Armenpflege**

in

ihrem Verhältnisse zu einander.

---



# Privat-Wohlthätigkeit

und

## öffentliche Armenpflege

in

ihrem Verhältnisse zu einander;

insbesondere

von den

Veranstaltungen zur Abhülfe des Nothstandes

in der

Stadt Braunschweig

während des Winters 18<sup>46</sup>/<sub>47</sub>.

Von

Dr. W. Assmann.

Bibliothek  
der Verlagsbuchhandlung  
FRIEDR. VIEWEG & SOHN  
Braunschweig

---

Der Ertrag ist zum Besten der hiesigen Speise-Anstalt bestimmt.

---

Braunschweig,

Druck und Papier von Friedrich Vieweg und Sohn.

1847.

Privat-Druckerei

Öffentliche Anzeigen

Stadt Braunschweig



1847



Im Beginne des nun verwichenen Winters waren die Herzen der Menschenfreunde auch in Braunschweig wie in vielen anderen Gegenden von Sorge erfüllt. Die Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse waren ziemlich rasch auf das Dreifache des Gewöhnlichen gestiegen; Niemand konnte berechnen, wie hoch sie sich ferner steigern würden; die besonnensten und der Verhältnisse kundigsten Männer meinten zum Theil voraussagen zu dürfen, daß die Theuerung, ja der Mangel erst mit dem neuen Frühjahr die größte Höhe erreichen werde. Trat unter diesen Verhältnissen noch ein harter und insbesondere ein langdauernder Winter hinzu, so drohte der Nothstand der Armen sehr groß zu werden, und wohin konnte dieß führen, da man schon im vorausgegangenen Sommer sehr schlimme Symptome einer stattfindenden Arbeitslosigkeit wahrgenommen zu haben glaubte? Bald erschollen Nachrichten aus den verschiedensten Gegenden; fast überall in Europa Miswachs oder doch eine nicht gar reichliche Aernthe, in manchen Ländern geradezu Hungersnoth! Niemand wußte, was werden würde, und nur die Sorge beherrschte die Ansichten!

Man muß sich in diesen Stand der Dinge, in die damals herrschende Meinung und Stimmung zurückversetzen, um richtig zu beurtheilen, was unter solchen Einflüssen geschehen ist. Mancher meint jetzt wohl, vorausgesehen zu haben, was gekommen ist, weil er allerdings nicht voreilig gefürchtet hat; aber vergessen wir nicht, daß schon die Ungewißheit der Zukunft, die Alle theilten, manche Maßregeln anrieth, die jetzt bei glücklich beseitigter Gefahr für überflüssig erklärt werden möchten!

Danken wir der Vorsehung, die ein schlimmeres Loos, dem Hunderttausende unserer Brüder nicht entgangen sind, so gnädig von uns abgewandt hat. Die Noth hier zu Lande war nicht so groß, daß man ihrer nicht Herr werden konnte, und wir sind ihrer Herr geworden. Dieses verdanken wir der vereinten Kraft der Besseren, insbesondere dem erhabenen Beispiele Sr. Hoheit unseres verehrten Herzogs, der kräftigen Förderung der gemeinnützigen Bestrebungen von Seiten der Staats- und Stadt-Behörden, dem bereitwilligen Zusammenwirken der öffentlichen Armenanstalten und der Privatwohlthätigkeit, die stets mit einander Hand in Hand gehen müssen und deren keine der andern entbehren kann. Damals, als mit eintretender Kälte (Anfang Decembers) die Besorgnisse plötzlich größer wurden, als die vorsorglich von den Stadtbehörden getroffenen Maßregeln nicht so rasch in das Leben treten konnten, als die bestehenden Vereine durch ein Gnadengeschenk Sr.



Hohheit in den Stand gesetzt wurden, zur Abhülfe der gemeinsamen Noth voranzutreten, schlossen sich diese und die öffentlichen Anstalten, weil beide ein gleiches Streben beseelte, an einander, ohne zu fragen, nach welchen Principien eine solche Verbindung zu rechtfertigen oder zu regeln sei. Der Drang der Noth, der den Willen der Besseren kräftiger auf das Gute lenkt, hat auch hier, wie so oft, das Rechte gefunden; aber jetzt, da wenigstens die größte Noth beseitigt ist, haben wir uns zu fragen, wie wir das, was durch die Eingebung des Augenblickes entstanden ist, auf die Dauer nach festen Grundsätzen zu ordnen haben.

Es ist eine der wichtigsten Fragen für jeden denkenden Menschen, für den Staatsmann, wie für den mildthätigen Menschenfreund, welches das richtige Verhältniß zwischen öffentlicher Armenpflege und Privatwohlthätigkeit sei? In dem Folgenden mögen hierüber einige Andeutungen gegeben werden, die das Nachdenken unserer Mitbürger auf diesen Gegenstand zu lenken bestimmt sind; nach denselben werden dann auch die während dieses Winters von gemeinnützigen Vereinen geleiteten Einrichtungen zur Abhülfe der Noth und ihr Verhältniß zu den öffentlichen Anstalten zu beurtheilen sein, damit sich zeige, was auf dem bisherigen Wege geleistet ist und wie ferner noch Mehreres geleistet werden kann.

Eine Einigung der Ansichten ist hier um so wichtiger, da keine öffentliche Armenanstalt ohne das volle Vertrauen des Publikums bestehen kann, so wie andererseits die Privatwohlthätigkeit ihren eigenen Zwecken entgegenwirkt, wenn sie sich nicht der öffentlichen Anstalt auf die rechte Weise anzuschließen vermag. Unsere Tage drängen aber jeden Wohlmeinenden um so mehr zu einer Entscheidung über die schwierige Frage, da die Gefahr eines länger dauernden Nothstandes noch nicht beseitigt ist. Nur bei einem vertrauensvollen Zusammenwirken aller Betheiligten kann und wird Braunschweig das Glück und den Ruhm bewahren, die es, wie die folgenden Blätter noch näher in's Licht setzen werden, während der Noth dieses Winters gewonnen hat.

## **Untersuchungen über das Verhältniß der öffentlichen Armenpflege und der Privatwohlthätigkeit zu einander.**

Wir gehen hiebei von einer Betrachtung der Grundsätze und Einrichtungen aus, die bei der ersten Begründung unserer Armenanstalten befolgt wurden, obgleich allerdings seit jener Zeit mit den Verhältnissen auch die Ansichten und Maßregeln eine vielfach andere Gestalt gewonnen haben; diese späteren Veränderungen werden aber nur nach klarer Erkenntniß von der ersten Einrichtung unserer Anstalt richtig gewürdigt werden können.

Als unser Leisewitz, dessen Andenken jedem Armenfreunde in Braunschweig heilig ist, im Auftrage des unvergeßlichen Herzogs Carl Wilhelm



Ferdinand die achtbaren Bürger der Stadt für die Idee einer neuen Organisation der öffentlichen Armenanstalten zu gewinnen wünschte, legte er die Grundsätze, von denen man sich bei der heilsamen Veränderung leiten ließ, in einer Schrift dar, die, obgleich sie zunächst eine Gelegenheitschrift war, ihrer Vortreflichkeit wegen in der Ausgabe seiner Werke für spätere Zeiten aufbewahrt ist <sup>1)</sup>.

Der edle Armenfreund, dessen Herz vom reinsten Wohlwollen gegen die bedrängten Brüder beseelt war, dessen umfassender Verstand aber zugleich die Nachtheile einer nicht von Erfahrungsweisheit geleiteten Mildthätigkeit erkannte, empfahl vor Allem Vereinigung seiner Mitbürger zu einer gemeinsamen öffentlichen Armenpflege. Doch fühlte er selbst den Drang zu helfen zu tief, als daß er nicht das heilige Recht jedes edlen Menschen, in seinem Kreise nach eigenem besten Ermessen Mildthätigkeit zu üben, vor Allem geehrt hätte. Auch den Staat hielt er nur dann berechtigt und befähigt, eine öffentliche Armenpflege einzurichten, wenn seine Bürger der dazu eingesetzten Behörde ihre Gaben freiwillig anvertrauten. So beginnt er die Darlegung seiner Grundsätze mit der Erklärung:

„Eine öffentliche Armenanstalt ist eine Staatsbehörde, die von dem Publico den Auftrag hat, Almosen, die es zusammenbringt, zum Besten der Armen zu verwenden.“

Er kommt sodann immer wieder auf den Satz zurück, daß die Uebung der Privatwohlthätigkeit ein ursprüngliches Recht jedes Einzelnen sei, dessen er sich nur freiwillig begeben könne, und freilich begeben solle, wo durch verkehrte Ausübung desselben vielmehr Unheil, als der beabsichtigte Segen gestiftet werde. Wenn aber auch seine ganze Deduction den Zweck hat, den Nutzen, ja die Nothwendigkeit einer öffentlichen Armenpflege darzuthun, so will er zunächst doch der Privatwohlthätigkeit freie Wirksamkeit eingeräumt wissen, und nimmt auch die für eine zweckmäßige öffentliche Armenpflege erforderlichen Mittel nur von dem freien Willen der Staatsangehörigen in Anspruch.

Diese Ansichten sind so tief in die ganze damalige Auffassung des Armenwesens verwebt, daß sie sich bei Leisewitz auch als unwillkürliche Voraussetzungen seine ganze Darstellung hindurch in verschiedener Form wiederholen. So wird (S. 136) das Bedürfnis einer öffentlichen Armenanstalt eben daraus hergeleitet, daß Einwohner einer größeren Stadt, „welche den Vorsatz haben, wahrhaft mildthätig zu sein,“ sich nicht damit begnügen können, — was als das Natürlichste und Erste dargestellt wird, — „denjenigen ihre Almosen zuzuwenden, deren Umstände sie genau kennen,“ sondern ihre Mildthätigkeit „auch auf ihnen unbekannte Arme ausdehnen

<sup>1)</sup> Es wäre zu wünschen, daß die Werke eines der edelsten und geistreichsten Braunschweiger, des Stifters unserer Armenanstalten und des Verfassers des klassischen „Julius von Tarent“ noch mehr als bisher unter uns verbreitet sein möchten! „Sämmtliche Schriften von J. A. Leisewitz. Braunschweig bei Leibrock 1838.“



müßten.“ »Der denkende Menschenfreund,« heißt es daher (S. 138), »befindet sich (so) in der traurigen Nothwendigkeit, entweder würdige Arme« (die er nicht als solche kennt) »hülfslos zu lassen oder seine Almosen zugleich verworfenen Bettlern auszuspenden;« und so entsteht der Wunsch, »daß (S. 139) eine Gesellschaft patriotischer Männer sich zu der Erforschung der Umstände und Bedürfnisse aller Armen, welche die öffentliche Wohlthätigkeit in Anspruch nehmen, vereinigen und das Publikum ihnen diejenigen Almosen anvertrauen möge, die es ihm unbekannten Armen bestimmt hat.«

Nach Auseinandersetzung der wesentlichsten Vorzüge einer öffentlichen Armenpflege heißt es dann weiter (S. 144): »Alle diese Vorzüge können freilich den Armenanstalten nur im Gegensatz mit der allgemeinen Wohlthätigkeit, die ihre zufälligen Almosen unbekannten Armen auspendet, ausschließlich beigelegt werden« u. s. w. Insbesondere aber suchte der eben so freisinnige als wohlwollende und weise Menschenfreund den Vorwurf abzuwehren, daß öffentliche Armenanstalten »dem Publico und der Mildthätigkeit desselben einen Zwang auflegen,« und spricht darüber folgende höchst beherzigungswerthe Worte:

(S. 151) »Wenn eine Armenanstalt, . . . . da ihre Bestimmung dahingeht, die den einzelnen Wohlthätern nicht hinlänglich bekannten Armen zu versorgen, unmöglich die Absicht haben kann, Jemanden die Freiheit zu nehmen, Arme aufzusuchen, ihre Umstände genau zu erforschen und nach Maßgabe derselben zu unterstützen, so beschränkt sich der ganze Zwang, den eine solche Anstalt dem Publico und der Mildthätigkeit desselben auflegt, auf das Verbot, unbekannten Hülfsuchenden, die unter der Voraussetzung einer guten« (d. i. vollkommenen!) »Armenpflege unfehlbar muthwillige Bettler sein müssen, Almosen auszuspenden.«

Hiermit ist nun allerdings auch die schwierige Gränze berührt, wo Privatwohlthätigkeit und öffentliche Armenpflege sich ihr Gebiet bestreiten, und es ist in der That bei dem besten Willen und der besonnensten Prüfung von beiden Seiten hier nicht so leicht möglich, überall die rechten Gränzlinien aufzufinden und inne zu halten. Dennoch ist gerade die Bestimmung über diese Verhältnisse so wichtig; sie greift einerseits so tief in die heiligsten Rechte des Einzelnen, andererseits nicht minder in die Verfolgung der wichtigsten Staatszwecke ein, daß der Gebildete sich des Nachdenkens über diese Angelegenheit nicht entschlagen darf, und sich zumal in Zeiten der Noth, wo das Leben selbst in jedem Augenblicke eine Entscheidung hinsichtlich derselben zur dringendsten Pflicht machen kann, zu klaren und bestimmten Ansichten darüber zu erheben suchen muß.

Die Grundsätze, nach welchen der Staat das Armenwesen regelt, haben sich seit Leisewitz's Zeiten fortwährend mehr entwickelt und sind, wie das Staatswesen selbst, in mancher Beziehung zu einer unlängbar höheren Ausbildung gelangt, doch drohet wohl ebendesshalb gerade hier ganz besonders die Gefahr, daß die nach bestem Ermessen geordnete Organisation dieses Verwaltungszweiges für völlig ausreichend gehalten werde und der freien



Mitwirkung der Privaten entbehren zu können scheine <sup>1)</sup>. So verderblich dieses aber in jedem anderen Zweige der Administration ist, indem ohne freie Mitwirkung der Staatsbürger bei den Angelegenheiten des Gemeinwesens aller Gemeingeist verschwinden muß, so unmöglich ist gerade nach den eigenthümlichen Verhältnissen bei der Armenpflege eine in voraus geregelte Ordnung, die kein Eingreifen von Außen dulden will, zu allen Zeiten, vor Allem aber in einer Zeit außerordentlicher Bedrängniß, bei der die menschliche Weisheit weder das Eintreten der Noth vorauszusehen, noch die Hülfe ohne die im Drange der Umstände selbst höher aufflammende Begeisterung der Menschenliebe zu gewähren vermag. Mit jener Weisheit der Natur, zufolge der da, wo die Noth am Größten, auch die Hülfe am Nächsten ist, geräth das beschränkte, wenn auch noch so wohlgemeinte menschliche Streben in Widerspruch, wenn es die unendliche Verschiedenheit der Bedürfnisse, wie der Liebesbeweise, welche ihnen abhelfen möchten, nach Zahl und Maß auf das Strengste abzugränzen versucht; eben darum aber ruft es auch die heiligsten Gefühle, in deren Dienste es doch selber thätig sein will, gegen sich auf, die Gefühle des Mitleids und Erbarmens, die nicht nur als die natürlichsten keinen Zwang dulden, sondern sich mit um so größerer Macht desselben erwehren, da das Christenthum die Uebung der daraus hervorgehenden Tugenden als die unverbrüchlichste Pflicht erkennen lehrt.

Ein Hauptgrundsatz, auf welchem die gegenwärtige Organisation des Armenwesens durch den Staat beruht, ist allerdings gerade aus der lebendigeren Durchdringung des Staats vom Geiste des Christenthums hervorgegangen; es ist das Anerkennniß einer Verpflichtung des Staates zur Versorgung seiner Armen. Will man aber die Art, wie es bisher allein möglich gewesen ist, dieses Princip in das Leben zu führen, als das höchste Ziel des Strebens aufstellen, und desshalb mit strenger Consequenz durchführen, so wird man dadurch zu den größten Härten und Widersprüchen verleitet.

Dies findet zunächst Anwendung bei der Verwandlung der von den Wohlhabenderen in Anspruch zu nehmenden Beiträge für die nothwendige Unterstützung der Armen in eine zwangsweise beizutreibende Steuer. Durch das Christenthum erst ist eine Pflicht der Armenpflege zu voller Anerkennung gekommen, doch galt sie in den Christengemeinden von Anfang an für eine Liebespflicht, die, so lange sie mit rechtem Sinne geübt wurde, keinen Zwang erforderlich machte. Langehin ist auch die Armenpflege in christlichen Staaten eine Angelegenheit der Kirche geblieben; da aber der christliche Staat so wenig, wie selbst die christliche Kirche, lauter wahre Christen zu Mitgliedern hat, so kann die Ausführung des christlichen Grundsatzes einer Verpflichtung des Staates zur Versorgung seiner Armen nicht allein dem

<sup>1)</sup> Gerade bei dem Streben nach möglichst vollkommener Einrichtung des Verwaltungswesens liegt nach einem Grundzuge der menschlichen Natur die Gefahr nur allzunah, daß der vom energischsten Willen beseelte Beamte der besseren Ordnung wegen Alles in den Kreis seiner Thätigkeit ziehe und die Freiheit, die den so sorgsam geregelten Geschäftsgang hemmt, zurückdränge. Aber die menschliche Natur kann und soll nie zur Maschine werden.



freien Willen der Staatsangehörigen überlassen werden; und wo die Zahl der Armen, wie es in neuerer Zeit fast überall in Europa geschehen ist, übermäßig anwächst, da ist der Staat auch zu zwangsweiser Beibehaltung einer Armensteuer verpflichtet. Niemals aber sollte man dabei den höheren Standpunkt aus dem Auge verlieren, nach welchem eine solche Zwangssteuer nur als eine traurige Nothwendigkeit erscheint; niemals sollte man glauben, das Höchste bei der Armenpflege erreicht zu haben, wenn alle vom Staate anerkannten Bedürfnisse seiner Armen durch eine solche Steuer gedeckt werden. Ein tieferer Blick in die menschliche Natur wird uns das Unnatürliche und eben darum Nachtheilige einer solchen Ansicht erkennen lassen. Und wohin müßte es denn führen, wenn endlich wirklich nur das für Arme geschähe, was der Staat für dieselben zu thun verpflichtet ist und allein thun darf? wenn die strenge Organisation einer öffentlichen Armenpflege nach dem Wunsche mancher Vertreter derselben bis zu dem Grade durchgeführt werden könnte, daß Niemand sonst Etwas für Hilfsbedürftige thäte, als was der Staat zwangsweise von ihm beizubringen? Dann würden Viele, — um nur Eins, vielleicht das Einleuchtendste herauszuheben, — dann würde eine unzählbare Menge, die jetzt noch durch rechtzeitige Privathilfe vor gänzlicher Dürftigkeit bewahrt bleibt, der öffentlichen Armenpflege überwiesen werden müssen und die Ansprüche an diese sich endlich so hoch steigern, daß auch der Zwang nicht mehr ausreichen würde, die in's Maßlose angewachsene Armensteuer einzutreiben. — Eben darum hat klare Einsicht oder wenigstens ein richtiges Gefühl fast überall eine zu schroffe Ausdehnung der Armensteuer zu verhüten gewußt, und von diesem Gesichtspunkte aus haben wir es dankbar zu erkennen, wenn unsere Behörden die Gewohnheit, freie Wohlthätigkeit auch zum Besten der Armenanstalt zu üben, lebendig erhalten, ja, so lange es angeht, insbesondere die außerordentlichen Bedürfnisse der öffentlichen Armenpflege auf diesem Wege zu decken bemüht sind. Doch diese Andeutungen mögen hier genügen.

Eine zweite Einrichtung, welche man fast überall getroffen hat, seitdem die Verpflichtung des Staates zur Versorgung seiner Armen anerkannt ist, geht nicht mit derselben Nothwendigkeit als die Einführung einer Armensteuer aus jenem Grundsatz hervor, obgleich sie häufig als eine nothwendige Folgerung aus demselben betrachtet wird. Es ist die Bestimmung, daß jede Gemeinde für sich ihre Armen zu erhalten hat. So nothwendig aber diese Anordnung unter den gegenwärtigen Verhältnissen erscheinen oder wirklich als Uebergangsstufe zu einer höheren Vollkommenheit gewesen sein mag, so wenig ist auch sie als das höchste Ideal der Armenpflege zu preisen; ja wegen ihrer Unnatürlichkeit ist sie auch wohl nirgend mit völliger Consequenz durchgeführt. Nicht nur kommen z. B. bei uns die Amts- und Kreisarmencassen ärmeren Gemeinden zu Hülfe, sondern auch aus Staatsmitteln (bei uns insbesondere aus dem theilweise dieser schönen Bestimmung geweihten Klosterfonds) werden Unterstützungen an solche Arme, welche ihre Commüne nicht ausreichend zu unterstützen vermag, verliehen. So greift hier der Staat als ein Ganzes mit Recht ein; nicht minder aber muß sich die Privat-



wohlthätigkeit in vielen Fällen verpflichtet fühlen, dem zu Hülfe zu kommen, der von der Gemeinde, in der er lebt, als Fremder betrachtet, und darum von jeder öffentlichen Unterstützung ausgeschlossen wird. — Hier werde nur noch kurz auf das Widersprechendste in jenem freilich noch fast allgemein adoptirten und deshalb um so schwerer einseitig aufzuhebenden Grundsätze hingewiesen; es ist die in der Natur der Verhältnisse liegende Erfahrung, daß die ärmsten Gemeinden die meisten Armen zu versorgen haben! Zugleich aber werde daran erinnert, daß edleres menschliches Gefühl und wahre Klugheit, die in der That immer zu demselben Ziele führen, auch hier zu immer größeren Vereinigungen raten, da unlängbar die Last um so leichter wird, je weiter der zu ihrer Uebernahme verbundene Kreis sich ausdehnt <sup>1)</sup>. Es wird gewiß einst dahin kommen, daß auch die Armenpflege zur gemeinsamen Staatsangelegenheit wird; ja daß auch die Staaten unter einander (was ja oft selbst so leicht durch gegenseitige Berechnung, die auch hier und da schon stattfindet, in's Werk zu richten ist) gegen die Bewohner anderer (christlichen) Staaten wenigstens die gemeinste Pflicht menschlichen Erbarmens üben! <sup>2)</sup>

Und wie Großes ist auch schon durch gemeinsames Wirken größerer Menschenverbindungen für zweckmäßige Armenversorgung geschehen! Wie Großes kann und wird noch durch sie gewirkt werden! Wie wenn sich alle oder mehrere deutsche Bundesstaaten zu Aussendung von Armencolonien jenseit der Meere vereinten! Doch wir wollen nur bei der zunächst liegenden Wirklichkeit stehen bleiben! Hat doch der Staat auch bei uns eine der trefflichsten Anstalten für die Aufnahme fast verkommenen und aufgegebener Armen in's Dasein gerufen! Die Anstalt in BERN hat die Bestimmung, in ächt menschlichem und christlichem Sinne nicht bloß für Unschädlichmachung verderbter Menschen, die sich nicht selbst zu leiten vermögen, sondern auch, so viel es möglich ist, für Besserung derselben zu sorgen. Auch unser städtischer Gemeinverband hat in dem Pflege- und Armenhause ausgezeichnete Anstalten öffentlicher Armenpflege eingerichtet, und unsere Armenanstalten sind nicht nur noch immer auf die herrlichen Grundsätze ihres Stifters basirt, sondern in vielen Stücken, namentlich auch in dem letzten Jahrzehend, auf das Nüchternste fortgebildet.

Hier aber, wo es uns darauf ankommt, auf die Wichtigkeit der Privatwohlthätigkeit neben der öffentlichen Armenpflege hinzuweisen, fassen wir nun zunächst die Hauptgrundsätze in's Auge, die unsere Armenan-

<sup>1)</sup> Auch Bülow (Handbuch der Staatswissenschaftslehre. Leipzig 1835) geht von ähnlichen Ansichten aus. Vgl. S. 389 ff., bes. 391.

<sup>2)</sup> Welche furchtbare Härten die oft plötzliche Wegsendung derer im Gefolge hat, welche in einer ihnen fremden Gemeinde oder in einem ihnen fremden Staate in Hilflosigkeit gerathen (der Transport von Kranken, die oft unterwegs sterben, die Hinwegweisung Arbeitsfähiger, die in ihrer Heimath oft am Wenigsten Gelegenheit zum Verdienste haben, ist leider! jedem solcher Verhältnisse kundig aus nur allzugroßen Beispielen bekannt. — Das strenge Festhalten am Domicilrecht hat aber auch vor Allem zu der häufigen Versagung der Ehe geführt, deren Hauptfolge doch die Zunahme wilder Ehen und dadurch immer größere Demoralisirung ist!



stalt von Anfang her an die Spitze ihrer Einrichtungen gestellt hat und die nach der Natur der öffentlichen Armenpflege stets die Grundlage derselben bilden müssen. Wir geben sie mit den eigenen Worten des Stifters an:

(S. 146) »Eine Armenanstalt muß

1) den Armen das Nothwendige, aber weiter nichts als dieses, und

2) allen Armen, die gleiche Bedürfnisse haben, gleiche Unterstützung gewähren.«

Die weitere Begründung dieser Principien, die wir vollkommen zu den unserigen erheben, ist bei Leisewitz selbst nachzulesen (S. 146 — 150); doch werden wir später mit einigen Worten auf sie zurückkommen müssen. Für unseren Zweck ist zuerst auf einige Folgerungen aus denselben aufmerksam zu machen. Darf eine Armenanstalt den Armen nur das Nothwendige gewähren, so handelt es sich vor Allem über den Begriff des Nothwendigen oder um die Feststellung des Bedürfnisses der Armen. Dieses aber setzt eine der schwierigsten Untersuchungen voraus und hier liegt in unseren gegenwärtigen Verhältnissen bei manchem unserer ehrenwerthen Pfleger die Gefahr einer Selbsttäuschung allzu nahe. Denn, wie der erste »Bericht an die Unterstützungsdeputation von den Bemühungen, das unentbehrliche Bedürfnis auszumitteln« (Leisewitz's B. S. 176 — 216) wörtlich sagt: »Die Resultate sind sehr einfach; sie lassen sich mit wenig Worten auf einem Blatte zusammenfassen, das zu praktischem Gebrauche für diejenigen völlig (?) hinreichend ist, die keine Neigung haben, in eine Untersuchung der Gründe der Almosenverwilligung hineinzugehen.« Aber wird nicht eben durch das in den bestimmtesten Zahlen festgestellte Bedürfnis, namentlich bei demjenigen, dem es von dem Beginne seiner Thätigkeit an als unumstößlich richtig erschienen ist, der Glaube genährt, daß jene Resultate für alle Fälle vollkommen ausreichen und daß jeder Anspruch über die gewohnten Zahlen hinaus zurückgewiesen werden müsse?

Dieser auch in der That vielfach verbreiteten Ansicht ist aber Folgendes entgegenzustellen, was eben in unseren Tagen nicht genug beherzigt werden kann:

1) Die ersten Ermittler des Bedürfnisses unserer Armen erklärten selbst (S. 193): »Es ist sehr einleuchtend, daß wir nur durch zusammengesetzte und verwickelte Untersuchungen in den Stand gesetzt werden können, die uns vorgelegten Fragen zu beantworten.« Nun kann aber bei einer so »verwickelten Untersuchung« das »einfache Resultat« niemals vollkommen richtig aufgefaßt werden, ohne die Untersuchung selbst, in der die »Gründe« desselben enthalten sind, im Einzelnen zu verfolgen; insbesondere ist nur auf diesem Wege eine bestimmte Ansicht über die größere oder mindere Wahrscheinlichkeit des Resultates selbst zu gewinnen, so wie darüber, ob der festgestellte Betrag muthmaßlich entweder zu hoch oder zu gering festgestellt sei, für welche Fälle er in höherem, für welche er in geringerem Maße passe u. s. w. Um dieses zu beweisen, werde hier für Diejenigen, die nicht selbst Neigung haben, die Untersuchung vollständig zu verfolgen, nur daran erinnert, daß die Hamburgische Armenanstalt, welche bei Errichtung



der unserigen zum Muster diene, zwar zuvörderst nach »eingezogenen Erkundigungen« das Bedürfniß der Armen berechnete, dann aber den Ausweg einschlug, (S. 188) »ein Viertel von der angeforderten Summe abzusetzen, ohne jedoch (so viel wir wenigstens uns erinnern) den näheren Grund anzugeben, der sie bestimmte, gerade diesen Theil der Anforderung abzusetzen!«

Bei Errichtung unserer Armenanstalt ging man dann sehr gründlich zu Werke und schlug zur Ausmittelung des Bedürfnisses einen doppelten Weg ein:

a) Zunächst zog man Nachrichten über die Ausgaben von 44 Familien ein; da sich aber hiernach das Bedürfniß eines einzelnen Menschen durchschnittlich auf jährlich 65 Thlr. 8 Ggr. 8 Pf. und das Bedürfniß einer Familie mit zwei Kindern auf jährlich 150 Thlr. 14 Ggr. herausstellte, so fand man es unmöglich, »daß die Kräfte der Anstalt hinreichen würden, den Armen die Unterstützung zu bewilligen, die sie nach diesen Resultaten bedürfen würden.« Man gestand sich jedoch dabei, daß (S. 185) »die Unvermögsamkeit ein Institut, das den Zweck hat, alle Armen nothdürftig zu versorgen, nicht berechtigen« (wenn auch nöthigen) »kann, von jenen Resultaten abzustehen.« Man suchte deshalb das erhaltene Resultat durch eine Gegenprobe näher zu bestimmen, ging nunmehr

b) von dem Betrage des niedrigsten Tagelohnes als Einnahme aus und nahm dabei an, daß dasselbe, obgleich »die Meinungen darüber nicht einstimmig sind,« für den Unterhalt einer Familie mit zwei Kindern ausreiche<sup>1)</sup>. Der niedrigste Tagelohn betrug nun damals hier in Braunschweig täglich 6 Ggr., die Woche hindurch 1 Thlr. 12 Ggr. (mithin im Jahr etwa 78 Thlr.); von dieser Summe, meinte man also, müßte eine Familie der bezeichneten Art alle ihre Bedürfnisse bestreiten können. Doch war ferner eine Menge von Voraussetzungen nöthig, um über die Ausgaben für die einzelnen Bedürfnisse, die man finden wollte, in's Klare zu kommen. Man ging dabei so zu Werke, daß man

zuvörderst die Gesamtbedürfnisse der Familie, die man wenigstens etwas bestimmter ausmitteln zu können schien, veranschlagte. Da nun a) die Miethen bei verschiedenen Familien sehr ungleich war, beschloß man, sich an eine Durchschnittssumme von 12 Thlr. zu halten. b) Hinsichtlich der Feuerung mußte man sich wieder auf die früher eingezogenen Nachrichten stützen und fand, daß für dieselbe im Durchschnitte 4 Ggr. 7<sup>27</sup>/<sub>32</sub> Pf. auf die Woche (etwas über 10 Thlr. jährl.) zum Ansätze komme, welches man wieder etwas willkürlich so vertheilte, daß für 13 Winterwochen hindurch je 13 Ggr. 11 Pf., für 39 Sommerwochen aber je 1 Ggr. 6 Pf. festgestellt wurden. c) Die Beleuchtung wurde nach »Versuchen« zu 1 Ggr. 7<sup>5</sup>/<sub>6</sub> Pf. die Woche angenommen, obgleich sie nach den »eingezogenen Nachrichten« sich auf 2 Ggr. 5<sup>9</sup>/<sub>10</sub> Pf. belief. d) Ein

<sup>1)</sup> Man berief sich dabei auf die Autorität von Pitt, also auf englische Verhältnisse!



wesentlicher Mangel war, daß man die Kleidung gar nicht veranschlagte, weil (!) »die Schwierigkeit, dieses Bedürfniß auszumitteln, bei keinem Artikel größer war, als bei diesem.« Man nahm an, daß die Anschaffung der Kleidung sich eben so gut von dem gesammten Almosen mit bestreiten lassen müsse, wie von dem niedrigsten Tagelohn. Wie oft die Armen ihre Kleidung der Privatwohlthätigkeit verdanken, blieb unberücksichtigt. e) »Daß die Armen die nöthigen Bettstücke von der Armenanstalt erhalten, versteht sich von selbst!«

Indem man nun ferner die Summe des so gefundenen »Familienbedürfnisses« (insgesammt 11 Ggr. 10 Pf.) von der Summe des niedrigsten Tagelohnes (1 Thlr. 12 Ggr.) absetzte, so blieb 1 Thlr. — Ggr. 1 Pf. für die Bedürfnisse der einzelnen Personen übrig, welche man so zu verrechnen für gut fand, daß für jeden Erwachsenen (über 12 J.) =  $\frac{1}{4}$ , für das Kind von 5 — 12 J. =  $\frac{3}{4}$ , für das Kind von 1 — 5 J. =  $\frac{2}{4}$  angenommen wurden.

Dieserjenigen, welche die »verwickelsten Untersuchungen« selbst angestellt hatten, waren nun eben deshalb, wie es in der Natur der Sache liegt, nicht so sehr von der Unumstößlichkeit ihrer Berechnung überzeugt, wie oft diejenigen, welche nur das »einfache Resultat« als eine Thatsache kennen lernten. Jene wollten noch »Erfahrungen« über die Hinlänglichkeit der Almosen abwarten und fügten hinzu: »Niemand kann das Unvollkommene der Ideen, die wir der Deputation vorlegen, lebhafter einsehen und fühlen, als wir.« Die Armenanstalt aber erklärte bei ihrer Eröffnung: (S. 172) »das Gedeihen unseres Unternehmens hängt von dem Zutrauen des Publici ab, und Offenheit ist das sicherste Mittel, Zutrauen zu erwerben. Wir werden daher den Zustand der hiesigen Armenanstalt dem Publico allezeit mit der größten Aufrichtigkeit vorlegen und sowohl jeden Vorschlag zur Verbesserung unserer Plane, als jede Bemerkung eines Mangels in der Ausführung derselben mit inniger Dankbarkeit aufnehmen. Das Bewußtsein, daß wir jede Angelegenheit des Armenwesens mit der äußersten Sorgfalt behandeln, beruhigt uns über den Gedanken, daß wir nicht nur irren können, sondern auch wahrscheinlich in dem einen oder anderen Punkte irren werden«<sup>1)</sup>.

2) Was den in der obigen Doppelberechnung des Bedürfnisses hervortretenden auffallenden Unterschied zwischen dem Resultate der eingezogenen Erkundigungen über die Ausgaben der Armen und den nach der Größe des Tagelohnes bestimmten Einnahmen betrifft, so liegt allerdings die hauptsächlichste Ursache dieses sonderbaren Umstandes darin, daß »viele

<sup>1)</sup> Seit jener Zeit sind mit dem Ansätze für das Bedürfniß der Armen drei Hauptveränderungen vorgenommen: 1) 1806, wo man sich »durch die Zeitumstände gezwungen« sah, namentlich den bis dahin so bedeutenden Ansatz für die Heizung zu suspendiren, was nachher beibehalten ward; s. »Darstellung der Grundf. und Einricht. d. vervollf. Brschw. Armenanstalt u. s. w. — Braunschw. 1817.« S. 35 ff.; 2) i. J. 1826, wo der Ansatz für eine Familie, deren Bedürfnisse ursprünglich zu 1 Thlr. 12 Ggr. wöchentl. angenommen waren, auf 1 Thlr. 3 Ggr. 2 Pf. während des Sommers, 1 Thlr. 4 Ggr. 11 Pf. f. d. Winter, festgestellt wurde; 3) i. J. 1840, wo das Sommerbedürfniß noch um 3 Pf. (auf 1 Thlr. 2 Ggr. 11 Pf.) heruntergesetzt wurde. (S. die besonderen Bekanntmachungen darüber.)



Gewinnste und Ersparungen des Armen zu klein und zufällig sind, als daß er sie angeben oder gar zu Gelde anschlagen könnte.« Aber hierbei ist für unsere Untersuchung vor Allem zu bedenken, daß der Arme viele jener Vortheile (und wir erinnern hier namentlich an die Kleidung!) geradezu der Privatwohlthätigkeit verdankt, so daß daher, wie es auch völlig in der Natur der Sache liegt und immer bleiben wird, schon bei Veranschlagung des Bedürfnisses der Armen auf einen Zuschuß der Privatwohlthätigkeit (wenn auch unbewußt) gerechnet ist.

3) Abgesehen von der nach 1 und 2 in der Natur der Verhältnisse liegenden Ungewißheit einer Berechnung der Armenbedürfnisse kann dieselbe auch deswegen nicht für alle Fälle zutreffend sein, weil das obige »Resultat« auf Durchschnittszahlen beruht. Fassen wir dieses schärfer in's Auge, so liegt darin, daß

a) der Ansatz für das Bedürfniß nur für einen Theil der Armen als ausreichend betrachtet werden darf und allerdings nach der Natur einer Durchschnittssumme für Manchen mehr als zureichend sein würde, wenn nicht der unter 2 ausgeführte höchst wichtige Umstand uns belehrte, daß das Bedürfniß der Armen im Ganzen eben deshalb zu gering veranschlagt sei, weil in einer mildthätigen Stadt nicht leicht ein Armer zu finden sein möchte, dem die Privatwohlthätigkeit nicht in irgend einer Weise zu Hülfe käme.

b) Ebenso liegt es ferner in der Natur einer Durchschnittszahl, daß sie wie für einen Theil der in Betracht gezogenen Fälle zu hoch, für viele übrige zu gering ist. Nun aber haben wir es hier mit einer Berechnung zu thun, die immer auf Fälle der Wirklichkeit anzuwenden ist; wenden wir also die Durchschnittszahl zur Beurtheilung des Bedürfnisses eines Armen in einem Falle an, für welchen sie zu gering ist, so würden wir eine Härte, ja eine Ungerechtigkeit begehen, wenn wir die Forderung stellten, jener Arme solle lediglich mit dem ihm von der Armenanstalt bewilligten Almosen ausreichen. — Welcher Arme aber in jedem einzelnen Falle bei der Durchschnittszahl zu viel oder zu wenig bekomme, ist wohl nur höchst selten mit Gewißheit auszumitteln<sup>1)</sup>. Das Hauptresultat des Bisherigen wird daher sein, daß man mindestens nicht mit Schroffheit darauf halten dürfe, allen Armen jede Unterstützung neben der, welche die öffentliche Anstalt verwilligt, abzuschneiden.

4) Endlich aber sind die beiden für eine öffentliche Armenanstalt unerläßlichen Grundsätze, nach welchen dieselbe 1) dem Armen nur das Nothwendige und 2) allen Armen, die gleiche Bedürfnisse haben, gleiche Unterstützung gewähren soll, durchaus nur für eine öffentliche Armenan-

<sup>1)</sup> Um die Armen möglichst zur Auffuchung von Arbeit anzuhalten, muß auch eine Armenanstalt den möglichen Erwerb bei Feststellung des Almofens in Absatz bringen. So lange aber nicht ausreichende Arbeitsanstalten vorhanden sind, kann der Arme oft bei dem besten Willen nicht wirklich Arbeit finden. Folgt daraus nicht wieder, daß der einzelne von der Armenanstalt Unterstützte, besonders in arbeitslosen Zeiten eines Zuschusses von der Privatwohlthätigkeit bedürfen kann?



stalt anwendbar, und selbst für diese nur dann zulässig, wenn sie nicht jede Nebenunterstützung auf das Strengste anrechnet oder abschneidet.

Was unsere Armenanstalt zur Begründung des ersten jener Sätze aufgestellt hat, erkennen wir vollkommen an und es mag hier mit den eindringlichen Worten ihres Stifters wiederholt werden:

(S. 147). »Der erste dieser Grundsätze wird vielleicht schon durch die Bemerkung gerechtfertigt, daß eine Unterstützung der Armen, welche über die nothwendigen Bedürfnisse hinausgeht, einen Ueberfluß voraussetzt, in dem sich eine Armenanstalt nur selten befinden kann« (und niemals auf die Dauer befinden wird). »Allein selbst auf den Fall, daß die Einkünfte und das Vermögen einer Armenanstalt groß und sicher genug wären, um ihr zu gestatten, den Armen eine über das Nothwendige hinausgehende Unterstützung zu gewähren, so würde sie ihnen dieselbe dennoch abschlagen müssen, wenn sie nicht ein wahres Unglück für den Staat werden wollte. Da sehr viele Staatsbürger, mit der größten Anstrengung ihrer Kräfte, für sich und ihre Familien zwar das Nothwendige, aber auch nur dieses erwerben können, so würde es in einem hohen Grade ungerecht und verderblich sein, wenn man die Unterstützung des Armen über das Aequivalent für den Erwerb ausdehnen wollte, der ihn aller Unterstützung unfähig macht, sobald seine Kräfte dazu hinreichen« u. s. w.

Faßt man aber die hier aufgeführten Gründe richtig auf, so sind sie eben aus der Natur einer öffentlichen Anstalt entlehnt, bei welcher Jeder, der nicht das zum Lebensunterhalte Unentbehrliche hat, ein Recht auf Unterstützung geltend machen kann. Dieses Recht weiter, als auf das wirklich Nothwendige auszudehnen, würde die ange deuteten verderblichen Folgen haben, und der Gerechtigkeit wie der Klugheit entgegen sein. Ein solches Recht hat indessen auch der Natur der Sache nach höchstens Derjenige, der sich nicht selbst aus eigenen Mitteln oder Kräften ernähren kann; doch tritt gerade hier die Frage ein, ob Jeder, der in dieser Lage ist, ohne Weiteres ein Recht auf öffentliche Unterstützung geltend machen darf, und wir berühren hiermit wieder die Gränze, auf welcher die Gebiete der öffentlichen und Privatwohlthätigkeit streng und grundsätzlich zu scheiden sind.

Der christliche Staat darf allerdings voraussetzen, daß die engeren Verbindungen, welche die Natur selbst oder die fortgeschrittene Humanität unter den Menschen geknüpft hat, dem einzelnen für sich Hülfe Suchenden Beistand gewähren und die Sorge für dessen Unterhalt theilweise oder ganz übernehmen; und dieses gilt nicht nur in Bezug auf verwandtschaftliche Verpflichtungen, sondern auf viele Einrichtungen älterer und neuerer Zeiten, den Gilderverband, die Kranken- und Sterbekassen, die Lebensversicherungen u. s. w. Jeder, dessen Unterhalt durch das eine oder andere dieser Verhältnisse hinreichend gesichert ist, darf und muß von den öffentlichen Armenanstalten zurückgewiesen werden<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Gerade in den natürlichsten Verhältnissen ist es indeß oft am Schwierigsten, zur Ausübung der unzweifelhaften moralischen Verpflichtung durch Zwang von Seiten



In diesem Sinne stellt die neuere Polizeigesetzgebung als Hauptgrundsatz der öffentlichen Armenpflege auf<sup>1)</sup>: »Jede Armenpflege muß den Armen Hülfe leisten, wenn und wie fern sie sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen oder keine andere Unterstützung finden können«<sup>2)</sup>.

Dies soll und kann indeß keineswegs heißen, als ob die öffentliche Armenpflege dem Armen, welcher von ihr Unterstützung erhält, alle und jede Erweisungen der Privatwohlthätigkeit in Anrechnung und Absatz zu bringen habe. Da jedoch mehre ehrenwerthe Armenpfleger es in ihrer Stellung zu der öffentlichen Anstalt für Gewissenspflicht halten möchten, in diesem Stücke eine abweichende Ansicht zu befolgen, so wird es passend sein, dieses mehr im Einzelnen auszuführen.

Gesetzt, die öffentliche Anstalt findet einen Armen ohne alle Mittel und sieht sich deßhalb genöthigt, ihm den vollen Ansaß für seine nothwendigen Bedürfnisse zu bewilligen; nun aber tritt ein Privatwohlthäter hinzu und spendet dem von der öffentlichen Anstalt Unterstützten anderweitige Gaben, muß der Pfleger dann nicht den Betrag dieser außerordentlichen Unterstützung von dem aus öffentlichen Mitteln Bewilligten in Absatz bringen? So sehr sich Mancher verpflichtet halten möchte, diese Frage ohne Weiteres mit Ja zu beantworten, so kann doch solche Behauptung nach klarer Einsicht in die in Betracht kommenden Verhältnisse niemals zugegeben werden<sup>3)</sup>. Sie ist schon nach richtiger Auffassung des aufgestellten Hauptgrundsatzes irrig, würde aber außerdem zu Folgerungen führen, welche die natürlichsten Gefühle gegen sich haben. Was das Princip betrifft, so kann dieses allein da Anwendung finden, wo der Unterhalt des Hülfbedürftigen thatsächlich oder durch einen Rechtsanspruch anderweitig, als durch die öffentliche Armenpflege gesichert ist. Auf Privatwohlthätigkeit hat aber ein Hülfbedürftiger keinen gesicherten Anspruch und die Erweisungen derselben können ihm deshalb auch in jedem Augenblicke entzogen werden. Nun aber folgt aus diesem Verhältnisse weiter, daß es lediglich dem Zufall unterworfen ist, ob eine solche außerordentliche Unterstützung zur Kenntniß der öffentlichen Anstalt gelangt oder nicht; ja der Betrag derselben wird nur selten genau von ihr bestimmt werden können. Selbst ein förmliches Bigi-

des Staates anzuhalten; eine zu Recht bestehende Klage findet hier oft nicht Statt. Nur aber da, wo die Ausübung jener Verpflichtung eingetreten ist, hört das Recht des Hülfbedürftigen auf die Unterstützung durch die öffentliche Armenanstalt auf.

1) S. Harl Entwurf eines Polizeigesetzbuches. Erlangen 1822. S. 547. 548.

2) Harl selbst erläutert dieses sogleich dahin: »Wer sich also seinen Unterhalt durch eigenen Verdienst verschaffen oder von alimentationspflichtigen Privatpersonen erhalten kann, hat keinen Anspruch auf die Armenkasse.«

3) Es giebt allerdings hier wie überall Ausnahmefälle, auf welche die Regel, die hier durchaus festgehalten werden muß, keine Anwendung findet. Wenn eine Armenanstalt z. B. die Bettlei nicht völlig verhindern kann (vielleicht ohne ihre Schuld, etwa jenseit naher Landesgränzen), so wird dasjenige, was ein Bettler notorisch regelmäßig zusammen bettelt, ihm von der öffentlichen Anstalt mit Fug und Recht in Anrechnung gebracht werden.



liren und Spioniren von Seiten der Anstalt, ob ein Armer dergleichen Beihülfe erhalte, würde nicht zum Ziele führen, ist aber außerdem durchaus unwürdig, und ein wahrhaft Wohlwollender und Ehrenhafter wird sich nie dazu gebrauchen lassen. Wollte man aber eigene Aussagen der Armen über derartige Unterstützungen verlangen, so würde der gewissenhafteste Arme am Schlimmsten daran sein. Dazu kommt endlich eine nothwendige Folge aus dem Umstande, daß die freie Gabe der Privatwohlthätigkeit dem Empfänger jede Stunde entzogen werden kann; wäre dieser also außer Stande, sich selbst zu ernähren, so würde er von jenem Augenblicke an, bis die öffentliche Anstalt die oft nicht so rasch zu gewinnende Ueberzeugung erlangte, daß derselbe jetzt wirklich hülfsbedürftig sei, völlig ohne Hülfe bleiben.

Diese Zugeständnisse für die Privatwohlthätigkeit schließen aber auch wahrlich durchaus keine Gefahren für die Armenanstalt in sich, vorausgesetzt daß es Ehrensache aller Besseren bleibt, sich nicht an die öffentliche Armenpflege zu wenden oder ihre Angehörigen an dieselbe zu verweisen. Und diese Ansicht ist unter den in Deutschland stattfindenden Verhältnissen noch überall herrschend; sie wird indeß auch durch die Anstalt selbst um so gewisser aufrecht erhalten werden, wenn sie sich wirklich mit solcher Strenge an die Gewährung des Nothwendigen hält, daß schon daraus der zweite oben ausgesprochene Grundsatz hervorgeht, »die Armenanstalt soll allen Armen, welche gleiche Bedürfnisse haben, gleiche Unterstützung gewähren,« also namentlich nicht, wie viele Armenanstalten (Reisewitz sagt: »die meisten«) die sog. verschämten Armen mit höheren Almosen begünstigen; denn nur auf den nothdürftigen Unterhalt hat jeder Staatsangehörige ein Recht an den Staat, nicht aber auf entbehrliche Genüsse.

Gerade diese Nothwendigkeit einer allgemeinen Gleichheit der Unterstützungen aber, welche die Armenanstalt gewährt, macht es nun wohl am Einleuchtendsten, daß eine öffentliche Armenpflege nicht so weit gehen darf, ihren Pflegebefohlenen jede Privatunterstützung neben der öffentlichen abzuschneiden. Die Verschiedenheit der Bedürfnisse, wie sie Lebensverhältnisse, Gewohnheit u. s. w. bestimmen, ist nun einmal nicht hinwegzulängnen und deshalb ist die Entbehrung dessen, was freilich nicht schlechtthin nothwendig heißen darf, dem Einen weit drückender, ja schädlicher und unter Umständen selbst das Leben gefährdender, als dem Andern. Dennoch darf eine Armenanstalt den Grundsatz nicht aufgeben, allen Armen nur den gleichen dringenden Bedarf zu gewähren; darum aber treibt ächt menschliches Mitleid die Besseren an, insonderheit dem verschämten Armen, der mehr als jenes gewohnt ist, ein Mehreres aus eigenen Mitteln zukommen zu lassen oder durch ihr Fürwort von Anderen zu verschaffen. Einer solchen Beihülfe bedarf aber der eigentliche Arme, wie wir oben bewiesen haben, in vielen Fällen um so mehr, da ihm nicht einmal immer das wirklich Nothwendige von der öffentlichen Anstalt zu Theil werden kann. Und wer möchte sich berechtigt halten, auch ihn jedenfalls nur auf das Nothwendige zu beschränken und ihn jeder Gabe freier Mildthätigkeit zu berauben? Wer, der glücklich genug ist, sich der Mittel zu entbehrlichen Genüssen zu erfreuen,



möchte auf diesen Vorzug pochen und dem unglücklichen Bruder, der selbst das Nothwendige erst von seinen begünstigteren Mitmenschen empfängt, die kleine Freude misgönnen, die ihm das Wohlwollen des Mitleidigen noch außerdem bereitet? Bedenken wir vielmehr das Wort jenes tiefsinnigen Dichters, in dem eine große Wahrheit vor die Seele tritt:

»D streite nicht, was nöthig sei!

Gieb der Natur nur das, was nöthig ist,

So gilt des Menschen Leben wie des Thiers!« <sup>1)</sup>

Die öffentliche Anstalt kann oft kaum über das Maß des thierischen Bedürfnisses hinausgehen; es ist das Vorrecht des einzelnen Edlen, die Menschen menschlich zu erfreuen! <sup>2)</sup>

Nach allem Gesagten ist es nun wohl unläugbar, daß dasjenige, was von der öffentlichen Armenpflege geschieht, noch vielfältig eine Ergänzung durch Privatwohlthätigkeit nicht nur zuläßt, sondern selbst erforderlich macht. Doch ist allerdings, wenn wir das Wirken der letzteren in das Auge fassen, nun auch noch daran zu erinnern, daß sie nur dann wahrhaft segensreich ist, wenn sie auf die rechte Art und Weise geübt wird. Ein unzeitiges Mitleid kann, namentlich wenn es unbedachtsam den heillosen Bettel unterstützt, das größte Verderbniß fördern, und statt eine Erleichterung für die öffentliche Armenpflege zu gewähren, derselben immer mehrere Arme entgegenführen. Schon darum ist die wichtigste Vorschrift für Uebung einer wahren Mildthätigkeit, kein Almosen ohne sorgsame Prüfung hinwegzugeben. Auch der Staat darf und muß gegen den Bettel einschreiten, doch hat er dazu erst dann ein wirkliches Recht, wenn er keinen Armen ohne die nothwendige Unterstützung läßt; selbst unter dieser Bedingung aber vermag er nur das Anfordern von Almosen zu verbieten, wird jedoch niemals die Geber desselben bestrafen dürfen.

So wird die Privatwohlthätigkeit immer dem Ermessen des Einzelnen überlassen bleiben. — In unserer Zeit der Associationen ist aber auch die Uebung dieser Tugend durch die Stiftung mancher wohlthätiger Vereine in eine neue Form gebracht. Und wer wird es verkennen, daß dieses ein Fortschritt ist, daß dadurch eine zweckmäßigere Art der Armenunterstützung wenigstens möglich wird? Wie diese Vereine selbst sich eine immer vollkommnere Erreichung ihres Zieles zur Aufgabe machen werden, so stehen ihnen auch weit mehr Mittel als dem Einzelnen zu Gebote, ihre Zwecke auf die angemessenste Weise zu fördern. Endlich aber wird auch durch ihr Bestehen eine

<sup>1)</sup> Shakspeare König Lear A. II. Sz. 4.

<sup>2)</sup> Das Amt eines Armenpflegers ist gewiß eines der schwierigsten, und erfordert, wo es musterhaft geübt werden soll, eine seltene Vereinigung sehr verschiedener Eigenschaften, namentlich eben so große Strenge als Milde. Doch finden sich Gottlob! immer noch Männer, die sich mit eben so großer Gewissenhaftigkeit hüten, für ihre Armen mehr als das Nothwendige von der öffentlichen Anstalt in Anspruch zu nehmen, wie sie mit wahrhafter Menschenliebe das Glend, welches sie kennen lernen, durch Rath und That, durch eigene Mildthätigkeit oder durch Fürwort bei Menschenfreunden noch anderweit zu mildern bemüht sind!



geordnete Verbindung mit der öffentlichen Armenpflege möglich, die bei der vereinzeltten Uebung der Mildthätigkeit meist völlig unthunlich ist. Hier tritt jedoch die schwierige Aufgabe ein, einerseits dem Wirken mildthätiger Vereine die Freiheit zu erhalten, ohne welche der Gemeinfinn, der sie in das Leben gerufen hat und erhält, nicht zu gedeihen vermag, wie auf der andern Seite sie in der rechten Weise unter sich und mit der öffentlichen Armenpflege in geordneten Zusammenhang zu bringen. Und Beides ist für Zeiten der Noth ganz besonders wünschenswerth, da die Thätigkeit der erwähnten Vereine während derselben der öffentlichen Armenpflege vielfach zu Hülfe kommen kann und muß.

Der Weg zu einer solchen Verbindung ist inzwischen in einem städtischen Gemeinwesen schon dadurch vorgezeichnet, daß dasselbe von einer Behörde des Vertrauens, wie die Magistrate es sind und sein sollen, geleitet wird; diese sind auch zu dem Centralpunkte für die gesammten Wohlthätigkeitsanstalten der Stadtgemeinde, für die öffentliche Armenpflege wie für die Vereine der Privaten bestimmt <sup>1)</sup>. Wir wollen sehen, wie der gesunde Sinn der Stadtbehörden und Bürger Braunschweigs, geleitet und unterstützt von Sr. Hoheit unserem Durchlauchtigsten Herzog und unserer hohen Landesregierung, während der Noth des verwichenen Winters in dieser Beziehung den rechten Weg zu wählen verstanden hat, und wenden uns jetzt um so mehr zu einer Betrachtung der Wirksamkeit, die in dieser Zeit von hier bestehenden Vereinen geübt ist, da die Grundsätze, nach welchen ein Anschließen solcher Vereine an die Centralbehörde geleitet werden muß, noch durch keine Theorie völlig festgestellt sind, und auch nach der verschiedenen Natur jedes einzelnen Vereines die mannichfachen Modificationen erleiden müssen.

<sup>1)</sup> Es ist ein freilich nahe liegendes Mißverständniß, die mit Recht herbeigewünschte Centralisation der gesammten Armenunterstützung der Oberbehörde für die öffentliche Armenpflege zuweisen zu wollen. Der Magistrat allein ist die Centralbehörde des städtischen Gemeindeverbandes. Unter seiner Leitung muß einerseits die öffentliche Armenpflege stehen, die in dem Armendirectorio ihre Oberbehörde findet, andererseits gebührt ihm die Aufsicht über die Privatwohlthätigkeits-Institute. Der Unterschied ist von großer Bedeutung für praktische Verhältnisse. Die Privatwohlthätigkeit kann und soll nicht mit derselben Strenge geregelt werden, wie die öffentliche Armenpflege; der Magistrat wird, wie es unten aufzuführende Beispiele anschaulich machen werden, den Vereinen für Privatwohlthätigkeit nur im Allgemeinen die Gränzen vorzeichnen, innerhalb deren sich ihre Wirksamkeit zu bewegen hat, und namentlich die Vertheilung ihrer Gaben nicht so unbedingten Vorschriften unterwerfen, wie es bei der öffentlichen Armenpflege unerläßlich ist. Die Organisation unserer Armenanstalt hat freilich selbst zum Theil den Charakter eines freien Vereins, hat aber natürlich die Grundsätze einer öffentlichen Armenpflege bei ihrem Wirken zur Richtschnur zu nehmen.



## 1) Der Verein zur Versorgung der Armen mit Brennmaterial.

Obgleich das Feuerungsbedürfniß für die Armen durchschnittlich nicht so sehr schwierig zu ermitteln ist, so läßt sich doch die Vertheilung des Verbrauchs auf einzelne Wochen auch in gewöhnlichen Jahren nicht mit einiger Sicherheit bestimmen; eine Verwilligung für diesen Artikel in Gelde ist aber schon deßhalb unzweckmäßig, weil viele Arme, ohne daß dieses gehörig veranschlagt werden kann, sich das Feuerungsmaterial in Natura ohne großen Kraft- und Zeit- oder Gelbaufwand verschaffen können, durch Sammeln des trockenen Holzes in den benachbarten Forsten. Der verhältnißmäßig hohe Ansaß, welchen unsere Armenanstalt bei ihrer ersten Begründung für den Winterbedarf an Feuerung bestimmte (à Woche 13 Ggr. 11 Pf. während 13 Winterwochen) konnte bald wegen unzureichender Cassenmittel nicht mehr bestritten werden (s. Darstellung u. s. w., Braunschweig 1817, S. 35. 36), wurde dann aber auch überflüssig befunden, weil die Armen sich »deßennungeachtet ihre ohnehin schon sehr beschränkte und dürftige Stubenheizung zu verschaffen im Stande sind.« Die letztere Behauptung ist indessen nicht auf alle Armen anwendbar, und man darf keineswegs glauben, daß die eingezeichneten Armen nach den gegenwärtigen Einrichtungen im Stande sind, mit dem durch die Pfleger unter sie zeitweise vertheilten Brennmaterial auszureichen <sup>1)</sup>, oder sich den übrigen Bedarf allein für das Almosen, welches sie von der Anstalt empfangen, zu verschaffen. Was ihnen die Armenanstalt gewährt, darf nur als eine mäßige Beihilfe betrachtet werden, und diejenigen Armen, welche nicht fähig sind, sich durch eigene Kräfte Feuerung (aus den Forsten) zu verschaffen, namentlich Alte, Schwache, Kranke, würden ohne anderweitige Unterstützung von der Kälte leiden, Einzelne zumal bei unzureichender Bedeckung auf bedenkliche Weise dem (oft plötzlich eintretenden) heftigen Froste ausgesetzt sein.

Indem nun die öffentliche Armenanstalt, zum Theil selbst in Folge ihres Grundsatzes, nur das (nachweislich) Nothwendige zu bewilligen, nicht jeden ihrer Pflegebefohlenen mit hinreichender Feuerung versorgen kann, so tritt hier gerade ein Fall ein, wo die Privatwohlthätigkeit eingreifen muß. Noch schwieriger wird es jedoch für eine öffentliche Anstalt, bei außerordentlichem Nothstand, — in strengen und andauernden Wintern — die nöthigen Mittel überhaupt und namentlich zu rechter Zeit herbeizuschaffen; in solchen Zeiten darf sie aber um so mehr auf die Wohlthätigkeit der Einzelnen vertrauen, da es in der menschlichen Natur selbst begründet ist, daß eine außerordentliche Noth durch höhere Anregung des Mitleids sich auch selbst ihre Hülfe schafft. Dieses bestätigt sich ganz insbesondere in

<sup>1)</sup> Dieses wird indeß oft vorausgesetzt; doch lehrt die »Darstellung«, daß jene Vertheilungen schon ursprünglich gar nicht auf Befriedigung des Gesamtbedürfnisses berechnet waren. S. 84. 85. Anm.



Bezug auf die Erwärmungsmittel, welche ein strenger Winter nöthig macht, und man darf dreist vertrauen, daß bei zunehmender Kälte auch das Mitleid mit dem vor Frost erstarrenden Armen wächst und viele Wohlhabenderen zu freiwilligen Beiträgen für Feuerung geneigt macht.

Der hier besprochene Verein ist in seiner jetzigen Gestalt auch in einer Zeit strenger Kälte (zu Anf. d. J. 1838) in das Leben gerufen <sup>1)</sup>, und einer seiner Hauptzwecke ist (nach dem vom Magistrate anerkannten Statut), in harten Wintern zu milden Gaben für Brennmaterial aufzufordern und dieses unentgeltlich unter die Armen zu vertheilen. Ein Ueberschuß aus einer früheren derartigen Sammlung (zu Anf. 1840) hat ihn bisher in den Stand gesetzt, jährlich den Herren Armenärzten die ihnen erforderlich scheinende Anzahl von Holzmarken zur Austheilung an Kranke, welche der Heizung bedürfen, zu überweisen, und wenn diese Wohlthat überall auf die rechte Weise gespendet wird, so kann dadurch gewiß großer Segen gestiftet werden, so wie die rechte Anwendung einer mildthätigen Gabe nicht leicht in einem höheren Maße gesichert ist. Es ist deshalb zu wünschen, daß der Verein fortwährend zu dieser Art der Gaben die erforderlichen Mittel erhalte. Derselbe hat übrigens bei größerer Kälte auch nichtkranken, eingezeichneten wie nicht eingezeichneten Armen unentgeltlich Feuerung ausgetheilt.

So schwierig, ja unmöglich es aber bei solcher Vertheilung zu bewirken ist, daß keiner der Anfordernden über oder unter seinem Bedarf erhalte, so darf sich der Verein doch über diese wie andere Unvollkommenheiten bei Ausführung seiner Bestrebungen damit getrösten, daß Feuerung in harten Wintern eines der dringendsten Bedürfnisse ist, dessen Befriedigung bis zu einem gewissen Maße die Privatwohlthätigkeit Jedem, der sie noch anfordert, gern zugestehen wird, wenn nicht die anderweit erfolgte Befriedigung nachgewiesen werden kann. Der Verein hat sich deshalb bei seiner Thätigkeit hauptsächlich nur davor gehütet, Holzverschwendung zu befördern; er hat daher die einzelnen Gaben nur auf den nothwendigsten Bedarf beschränkt, dieselben nach Maßgabe des höheren oder geringeren Kältegrades ermäßigt und zu häufig wiederkehrende Anforderungen derselben Personen zurückgewiesen. Der Verein kann sich freilich nicht rühmen, niemals hintergangen zu sein, doch hat er sich eifrig bemüht, dieses zu verhindern. Die Schwierigkeit einer zweckmäßigen Vertheilung wuchs allerdings noch dadurch, daß dieselbe dem Ermessen des Augenblickes, noch dazu meistens unter dem Zubrange einer großen Menge von Bittenden überlassen blieb; doch kam dabei den Vertheilenden, deren immer mehrere anwesend waren, ihre anderweitig (bei der Armenpflege, ärztlichen Praxis u. s. w.) oder durch die Vereinsgeschäfte selbst erlangte Kenntniß der Bedürftigen zu Hülfe. — Es möchte aber überhaupt nicht so leicht sein, eine andere in jeder

<sup>1)</sup> Das Bedürfniß außerordentlicher Beihülfe für Heizung der Armen hatte früher (Nov. 1827) die Stadtbehörden bewogen, eine ähnliche Einrichtung zu begründen, die bis 18<sup>24/25</sup>) bestand.



Hinsicht zweckmäßigere Vertheilungsart aufzufinden, obgleich der Verein selbst auf dieselbe Bedacht nehmen wird. Auch das Ausgeben der Marken in voraus ist nicht ohne Schwierigkeit und giebt in mancher Beziehung keine größere Gewähr <sup>1)</sup>. Selbst die einzelnen Vereinsmitglieder, bei denen doch ein besonderes Interesse für diese Angelegenheit erwartet werden darf, werden es, wie durch Erfahrungen bestätigt ist, nicht so zweckmäßig besorgen, wie es an Ort und Stelle durch gemeinsame, wenn auch nur augenblickliche, Berathung von Mehreren derselben geschieht. Die Vertheilung den Vereinsmitgliedern gänzlich zu entziehen und Anderen gleichsam ein Monopol zur Beurtheilung der Hülfbedürftigkeit zuzugestehen, würde das Gefühl Jener mehrfach verletzen und unfehlbar ihr Interesse lähmen; wer selbst milde Gaben austheilt, will dabei auch möglichst nach eigenem besten Ermessen verfahren. Wer möchte sich überhaupt einer vollkommen richtigen Beurtheilung des Bedürfnisses aller Bittenden rühmen dürfen? Wie in allen solchen Dingen, wo das Gute nur annähernd erreicht werden kann, muß man sich auch hier über kleinliches Nachrechnen einzelner Mängel hinwegsetzen und sich in großartigerem Sinne bei dem erreichten Guten, von dessen Verwirklichung nun einmal einzelne Misbräuche nicht zu trennen sind, beruhigen. —

Zu wünschen bleibt es freilich, daß auch hierbei die ächte Privatwohlthätigkeit noch mehr als bisher zu Hülfe komme, und dazu ist der Weg durch eine anderweitige Einrichtung des Vereines eröffnet. Nur dann, wenn jeder Wohlthäter selbst die Verhältnisse derer, die er unterstützen will, mit Genauigkeit erforscht, ist die richtige Verwendung seines Almosens zu sichern. Der Verein muß es deßhalb am Liebsten sehen, daß die Marken, welche er an Wohlthäter verkauft, nur an solche Arme gegeben werden, von deren Hülfbedürftigkeit sich der sie Vertheilende selbst überzeugt hat. Leider! aber ist auch hierbei der Misbrauch nur allzubäufig, daß die Marken ohne Weiteres an Bettler ausgegeben werden, wo dann die Unverschämtesten gewöhnlich die meisten von verschiedenen Orten her zusammenbringen. Wo es den Vereinsgliedern möglich war, dieses zu ermitteln, haben sie nach Möglichkeit zu steuern gesucht.

In dem verwichenen Winter sind verhältnismäßig nicht viele Zettel an einzelne Wohlthäter verkauft; dagegen ist ein Theil des Ertrages aus einer Vorlesung des Herrn von Holtei zu unentgeltlichen Austheilungen durch den Verein benutzt. Hierneben wurde es jedoch bei der anhaltenden Kälte und der anderweit herrschenden Noth erforderlich gefunden, noch mehr Mittel auf diesen Zweck zu verwenden, und es sind hierzu durch den Stadtmagistrat zunächst 100 Thlr. G. aus dem Geschenke Sr. Hoheit an die hiesigen

<sup>1)</sup> Auch bei der früher bestehenden Einrichtung, bei welcher Anfangs (18<sup>27/28</sup>) die Holzmarken in voraus auf dem Rathhause ausgegeben wurden, fanden es die Stadtbehörden schon seit Febr. 1829 angemessener, die Zutheilung derselben mit dem Ausgeben des Holzes im Magazin selbst zu verbinden.



Wohlthätigkeitsvereine, demnächst aber noch 100 Thlr. aus städtischen Mitteln angewiesen worden.

Der Verkauf von Brennmaterial zu dem Einkaufspreis war bei diesen außerordentlichen Unterstützungen im verwichenen Winter mehr Nebensache. Es besteht aber in gewöhnlichen Jahren ein Hauptzweck des Vereines darin, die Armen in Stand zu setzen, ihren Feuerungsbedarf in kleinen Quantitäten anzukaufen, ohne daß sie den Vortheil des Ankaufs im Großen entbehren; dabei werden die Nebenkosten des Verkaufs regelmäßig aus der Stadtcasse bestritten. Wird aber auch durch diesen Verkauf in gewöhnlichen Zeiten nicht eben Großes geleistet, so darf doch das daran geknüpfte Fortbestehen des Vereins wie eine fortdauernde Thätigkeit desselben schon desshalb für sehr nützlich gelten, weil nun für die selteneren Nothzeiten sogleich ein Mittelpunkt gegeben ist, an welchen die außerordentlichen Maßregeln auf zweckmäßige Weise geknüpft werden können.

## 2. Die Speiseanstalt für Bedürftige

besteht seit neun Jahren, doch nur während der Wintermonate; zuerst 1838/39. Sie war von Anfang an eine Privatanstalt, die sich aber bald der Anerkennung ihrer großen Nützlichkeit durch die Stadtbehörden und seitdem anfänglich eines Vorschusses, dann eines Zuschusses aus städtischen Mitteln, bald auch (Sommer 1841) der Einräumung eines städtischen Lokales erfreute. Nachdem der Anstalt in Folge mancher früheren Verhandlungen (im Sommer 1840) eine städtische Deputation zu ihrer Berathung und Leitung beigegeben war, wurde sie von den Stadtbehörden (Jan. 1841 und Dec. 1842) ausdrücklich für ein Privatinstitut erklärt, und später (von Anfang d. J. 1844) der Zuschuß aus der Stadtcasse etatmäßig auf 200 Thlr. für das Jahr als ein Aversum festgestellt. Die Zweckmäßigkeit wie die wahre Bedeutung dieser letzteren Bestimmungen kann nur aus einer näheren Kenntniß der Eigenthümlichkeit der Anstalt gewürdigt werden. Die Idee derselben ging ursprünglich von einigen hiesigen wohlthätigen Damen aus, und es bildete sich bald ein Verein von Frauen und Töchtern, welche seitdem dem gemeinnützigen Zwecke eine in der That unberechenbare Menge von Opfern an Zeit, Kräften und Geldmitteln gebracht haben. Zu den am Seltensten richtig gewürdigten und meistens kaum anerkannten Aufopferungen der Art gehört es vor Allem, daß die Vorsteherinnen der Anstalt täglich mit einer Menge von Nothleidenden in Berührung kommen und so eine Summe von Elend kennen lernen, das wohlwollende Herzen nicht ruhen läßt, bis sie durch eine Menge der verschiedensten Dienstleistungen Abhülfe geschafft oder, was gerade die traurigste Seite des Geschäfts ist, erfolglos versucht haben. Wir überlassen es dem fühlenden Leser, das ganze Gewicht dieser Worte nachzuempfinden!

Das Bestreben, von dem die Anstalt ausging, war von Anfang an da-



hin gerichtet <sup>1)</sup>: »den Armen bei Anschaffung eines wahren Bedürfnisses Erleichterungen zu gewähren, dadurch aber sie zu veranlassen, ja zu gewöhnen, ihr baares Geld zur Befriedigung solcher Bedürfnisse, also zu einem wahrhaft nützlichen Zwecke zu verwenden. Zugleich sollte hiermit den wohlthätigen Bewohnern Braunschweigs eine Gelegenheit geboten werden, die zweckmäßige Verwendung ihrer Almosen durch Anweisung auf Speisen aus der Anstalt zu sichern. Die Erleichterungen, welche man den Armen beim Ankaufe der Speisen zuzuwenden gedachte, sollten zum Theil schon dadurch erzielt werden, daß man die nöthigen Vorräthe im Großen und darum zu billigeren Preisen anschaffte, ebenso aber durch Bereitung der Speisen im Großen manche Ersparung erreichte. Doch schien eine Ueberlassung der Speisen um den Kostenpreis nicht zu genügen, um eine größere Anzahl von Armen zu bestimmen, auf die Selbstbereitung der Speisen für jede Familie zu verzichten; und man durfte nicht hoffen, der Speiseanstalt einen die Mühe lohnenden Absatz gesichert zu sehen, wenn man dabei nicht geradezu ein Geldopfer brächte.« Der letzte Punkt bedarf noch einer näheren Beleuchtung. Es ist bekannt, und unsere ältesten und erfahrensten Armenpfleger wissen es am Besten, mit welchen Schwierigkeiten es verknüpft ist, den Armen eine Naturalverpflegung, namentlich eine Verabreichung von Speisen statt des baaren Geldalmosens annehmlich zu machen <sup>2)</sup>. So war es schon eine ebenso schwierige als verdienstliche Aufgabe, die Armen nur zu gewöhnen, ihr baares Geld zur Anschaffung einer nicht von ihnen selbst bereiteten gesunden Mittagskost zu verwenden, indem sich Viele mit nahrlosem Kaffee und Weißbrot behelfen, Manche selbst ihr Geld lieber für Branntwein (!) sparen. Die Absicht der Anstalt wurde indeß sehr bald an Hunderten erreicht; auch sie hat jedoch die Erfahrung gemacht, daß die überwiegende Mehrzahl der Armen sich weit lieber selbst ihre Speisen bereitet, als sie aus der Anstalt entnimmt. Gerade hierin aber liegt die Widerlegung eines der wichtigsten Einwürfe, welche man von jeher wider ihr Bestehen erhoben hat. Man fürchtet, die Armen zu verwöhnen, wenn man sie der Selbstbereitung ihrer Speisen überhebt; die Verwöhnung der bei Weitem meisten Armen besteht aber eben darin, daß sie sich ihre Speisen selbst bereiten wollen, was sie entweder verführt, sich an ungenügende Nahrung zu halten oder einen unverhältnißmäßigen Kostenaufwand zu machen. Denn kein einzelner Armer kann eine gesunde Nahrung zu so geringem Preise herstellen, wie eine Anstalt, welche dieselbe für eine größere Zahl gemeinsam bereitet. — Man kann freilich auch gegen eine gemeinsame Speisenverabreichung sagen, daß die Armen da-

<sup>1)</sup> Siehe die erste öffentliche Nachricht über die Anstalt im Braunschw. Magazin Stüd 47 d. J. 1840.

<sup>2)</sup> Der im Mai 1840 von dem Vorstande der Speiseanstalt ausgesprochene Wunsch, es möchten 400 eingezeichnete Arme (denen die Speisung als Geldalmosen angerechnet werden sollte) an die Anstalt verwiesen werden, wurde von dem Armenbirectorium dahin beantwortet, »daß nicht entfernt auf eine solche Anzahl gerechnet werden könne.«



durch der Häuslichkeit entwöhnt werden; aber jede andere Rücksicht muß vor der Erfahrung verstummen, welche die Anstalt in jedem Jahre, ja vielfach von Woche zu Woche gemacht hat, daß eine bedeutendere Zahl sich immer nur dann an die Anstalt gewandt hat, wenn sie durch wahre Noth dazu gedrängt wurde; denn der Absatz der Anstalt hat jederzeit mit der Strenge der Kälte und dem Preise der Lebensmittel in einem gleichen Verhältnisse gestanden <sup>1)</sup>.

Unter diesen Umständen kann wohl nicht von einer Verwöhnung der Armen im Großen und Ganzen <sup>2)</sup> die Rede sein, wohl aber von einer heiligen Pflicht, die Anstalt zu erhalten, um den wahrhaft Nothleidenden die Anschaffung eines der dringendsten Bedürfnisse möglich zu machen oder zu erleichtern.

Aus diesem Gesichtspunkte haben auch unsere verehrlichen Stadtbehörden die Speiseanstalt sehr bald betrachtet und derselben gern eine Beihilfe aus städtischen Mitteln, namentlich zu dem Zwecke bewilligt, um dadurch den Ausfall zu decken, welcher ihrer Bestimmung zufolge aus dem Verkaufe der Speisen unter dem Kostenpreise hervorgeht und so das Bestehen der Anstalt zu sichern <sup>3)</sup>. Da es aber in der Natur der Sache liegt, daß der Ausfall der Anstalt in ähnlichem Maße größer wird, wie der Absatz derselben zunimmt, so konnten die Stadtbehörden schon wegen der schwankenden Höhe des Ausfalls sich nicht gern dazu verstehen, die Deckung desselben auf alle Fälle in voraus zuzusichern. Außerdem aber mußte die Anstalt, wenn sie ihre Zwecke möglichst erreichen sollte, ein Privatunternehmen bleiben, da eine zwangsweise Verabreichung der Speisen, wie sie bei einer öffentlichen Anstalt statt des baaren Geldalmosens derselben eintreten müßte, nach manchen früheren Erfahrungen, die auch die Anstalt selbst wiederholt zu machen Gelegenheit hatte, mit den unbesiegbarsten Schwierigkeiten verbunden ist <sup>4)</sup>. Aus allen diesen Gründen haben sich die Stadtbehörden bestimmt, eine Aversionalsumme für die Speiseanstalt aus der Stadtcasse zu bewilligen und dieselben der Regel nach auf 200 Thaler jährlich festzustellen, da die Erfahrung gelehrt hatte, daß diese Summe zur Deckung des Ausfalls in gewöhnlichen Jahren ausreichend sei. Der Vorstand der Speiseanstalt hatte sich übrigens schon früher, als er noch eine unbestimmte Beihilfe aus städtischen Mitteln erhielt, veranlaßt gefunden, dem Stadtmagistrate jähr-

<sup>1)</sup> Dieses kann aus den Büchern der Anstalt auf das Bestimmteste nachgewiesen werden, vgl. Brschw. Magaz. Stück 46, d. J. 1844.

<sup>2)</sup> Stellt man sich freilich auf einen engerbegrenzten Standpunkt, so kann man vielleicht rügen, daß einzelne träge Hausfrauen die Anstalt benutzen, um ihrer Trägheit Vorschub zu leisten. Aber Aehnliches kann gegen alles Gute gesagt werden, denn einzelne Mißbräuche finden sich überall!

<sup>3)</sup> Die Speisen kosten der Anstalt in gewöhnlichen Jahren à Portion 5 bis 6 Pfennige und werden zu 4 Pfennigen resp. 5 Pfennigen verkauft, s. u.

<sup>4)</sup> Das Vorurtheil der Armen würde wenigstens einem freien Vereine das Geschäft, die Speisen statt öffentlicher Unterstützung, die beim Lebensunterhalte angerechnet wird, zu verabreichen, durch unverschämte Anforderungen und anmaßenden Tadel sehr bald verleiden!



lich eine Rechnung über Einnahme und Ausgabe der Speiseanstalt nebst einem erläuternden Berichte über die Verwaltung derselben einzusenden (zuerst über den Winter 1840/41). Wenn sich indessen der Magistrat in den letzteren Jahren (und zwar nachdem die Anstalt bestimmter für ein Privatinstitut erklärt war) nicht bewogen gefühlt hat, diese Actenstücke, welche vollständig in seiner Registratur aufbewahrt liegen, der Stadtverordneten-Versammlung mitzutheilen, so hat man dieses freilich von mehreren Seiten bedauert, weil dadurch eine Miskennung der Anstalt möglich wurde; doch dürfen wir annehmen, daß der Magistrat so wenig für nöthig als zweckmäßig hielt, die Stadtbehörden in das Verwaltungsdetail der Anstalt hineinzuziehen, um ihr die Stellung eines Privatwohlthätigkeits-Institutes, das nur, wie mehrere andere derartige Anstalten seiner Nützlichkeit halber durch einen Zuschuß der Stadt in seinem Bestehen gesichert werden sollte, rein zu erhalten. Auch während der Jahre (1841 bis 1843), wo eine Zusendung der Rechnung an die Stadtverordneten-Versammlung stattfand, begnügte man sich immer mit einer Justification derselben im Allgemeinen <sup>1)</sup>. Um so mehr hielt sich indeß der Vorstand der Anstalt verpflichtet, dem gesammten Publikum von Zeit zu Zeit Rechenschaft über die Verwaltung desselben zu geben, und es ist dieses der Sitte gemäß, durch das hiesige Magazin geschehen <sup>2)</sup>. Bei den Bürgern Braunschweigs hat sich auch die Anstalt eines von Jahr zu Jahr gesteigerten Vertrauens zu erfreuen gehabt und sie ist, ohne je ein Zweig der öffentlichen Armenpflege zu werden, immer mehr ein Mittelpunkt für Privatwohlthätigkeit geworden. Der Vorstand begnügt sich nämlich nicht, Speisen an Arme zu einem billigen Preise zu verkaufen, sondern ähnlich, wie der Brennmaterial-Verein, dessen Wirksamkeit überhaupt der seinigen analog ist, läßt er auch Speisemarken verkaufsweise an hiesige Wohlthäter ab, welche dieselben den Armen als Almosen zutheilen. (In früheren Jahren konnte man durch Ausgebung solcher Zettel statt baaren Geldes die Bettler verschonen; in Zeiten der Noth, wie in dem verwichenen Winter, wurden sie als ein willkommen-

<sup>1)</sup> Nach einem Magistratschreiben vom 10. Oct. 1843 war freilich bei Prüfung der Rechnungen über den Stadthaushalt von der Stadtverordneten-Versammlung der Beschluß gefaßt:

»daß fernere Zuschüsse (für die Speiseanstalt) nur erfolgen könnten, wenn der Preis einer Speiseportion um 1 Pfennig erhöht, die Portionen nur an hiesige Hilfsbedürftige verabreicht würden und sich dann durch Rechnungsablegung ergeben sollte, daß noch ein Zuschuß erforderlich sei;«

doch wurde schon unter dem 19. October desselben Jahres der erste Theil des Beschlusses (die Feststellung des Preises zu 5 Pf.) ausdrücklich widerrufen, und auf die übrigen Bedingungen kam man von Seiten der Stadtbehörden nicht mehr zurück, seitdem, schon für das folgende Jahr ein Posten von 200 Thalern in den städtischen Etat aufgenommen wurde. — Uebrigens kommt uns hier Alles darauf an, Grundsätze zur Klarheit zu erheben, über die früher thatsächlich mehrfaches Schwanken stattgefunden hat.

<sup>2)</sup> So im Braunschw. Magazin 1842, Stück 47 und 1844, Stück 46. Seit dem letzteren Jahre hat man sich, weil die einmal bekannte Anstalt kein höheres Interesse als gewöhnlich erregte, zu keiner neuen Berichterstattung veranlaßt gefunden, die aber nach Abschluß der diesjährigen Rechnung nachgeholt werden wird.



menes und gewiß auch als das zweckmäßigste Almosen empfangen.) Das Vertrauen vieler Wohlwollenden, welche die Verhältnisse der Armen nicht selbst zu untersuchen im Stande oder geneigt sind, bestimmte dieselben aber auch endlich mehr und mehr, dem Vorstande der Speiseanstalt baare und zum Theil nicht unbedeutende Geldgeschenke zuzusenden, und zwar keineswegs, um durch dieselben den Ausfall zu decken und so nur das Bestehen der Anstalt zu sichern, deren Aufrechthaltung wohl von den Stadtbehörden erwartet werden durfte und auch wirklich gewährleistet war; vielmehr wollte man durch jene Beisteuern, wie es in der Natur der Sache liegt, oft aber auch ausdrücklich ausgesprochen wurde, einzelnen Armen eine außerordentliche Beihülfe gewähren. Wenn nun die Vorsteherinnen der Anstalt für solche Gaben Armen nach eigenem Ermessen Speisekarten theils für den ganzen Winter, theils für einen Monat oder eine Woche theilten, so war dieses gewiß völlig der Absicht der Geber gemäß, welche zu der Armenkenntniß, die sich der Vorstand seit Jahren erworben hatte, volles Vertrauen hegten. In diesen Beweisen des Vertrauens lag aber zugleich auch die edelste und wünschenswertheste Anerkennung für das wohlthätige Bestreben des Vorstandes, der die vielfache drückende Noth, welche er kennen lernte, mit regem Mitleid zu mildern sich gedrungen fühlte, und dem deshalb eine freie Verwendung der ihm anvertrauten Gelder nicht zu misgönnen war!

Es vermochte dabei freilich der Vorstand der Speiseanstalt eben so wenig als der Brennmaterial-Verein in jedem einzelnen Falle die Bedürftigkeit der Andringenden vollständig zu prüfen und gleichfalls nicht jeden Mißbrauch seiner Gaben zu verhüten; doch ist es nicht zu viel gesagt, daß nicht leicht größere Sorgsamkeit auf Prüfung der Armenverhältnisse (besonders durch wiederholte persönliche Besuche, durch monatelange Beobachtung, so wie durch vielseitig eingezogene Nachrichten, bei der Polizei, den Armenpflegern etc.) verwandt worden ist, als von den Vorsteherinnen der Speiseanstalt. Mag dabei aber auch weibliches Mitleid öfters zu anderen Ansichten geführt haben, als die rigorösere Prüfung der Männer, so blickt auch das weibliche Auge oft tiefer in die wirthschaftlichen, wie in die sittlichen Verhältnisse hinein, als das der Männer. Aus dem letzteren Grunde hat man in manchen Städten selbst die öffentliche Armenpflege den Frauen neben den Männern übertragen; geht man indeß unter uns auch von der Ansicht aus, daß eine Armenpflege, die sich auf die dringendste Unterstützung beschränken muß, weiblichen Händen nicht anzuvertrauen sei, so muß es hier wieder geltend gemacht werden, daß die Speiseanstalt eine Anstalt für Privatwohlthätigkeit ist, und daß diese, wie oben gezeigt, ihrer ganzen Natur nach sich nicht auf Gewährung des Nothwendigen abgränzen will, sondern über dieses hinaus gern außerordentliche Gaben spendet. Niemand wird es wagen, den Einzelnen in diesem heiligen Vorrecht zu beschränken; warum wollte man einen geordneten Verein von Wohlthätern, dem andere Wohlthäter ihre Gaben vertrauensvoll zu zweckmäßigerer Verwendung überliefern, verpflichten wollen, seine Mildthätigkeit nicht nach eigenem Ermessen zu üben? Und wer ist denn der unfehlbare



Mensch, der sich unterfangen dürfte, den Gaben der Liebe nur nach seinem doch auch menschlich beschränkten Standpunkte unverrückbare Gränzen zu ziehen? Selbst ein Uebermaß der Wohlthätigkeit wird nur schädlich, wenn es (principmäßig) von öffentlichen Armenanstalten ausgeht, oder wenn die Privatwohlthätigkeit dem Müßiggange, der Verschwendung und anderen Lastern Vorschub leistet; dieses ist aber durch das Gesamtwirken der Speiseanstalt so wenig geschehen, daß sie vielmehr durch Hemmung wahrer Noth der Versuchung zum Laster vielfach gewehrt hat!

Aber in diesem Winter, meinen wohl Manche, hat doch die Speiseanstalt die Armen verwöhnt, und indem sie ihre Gaben in gar zu großem Umfange spendete, zur Vergeudung öffentlicher Gelder geführt! Wir kommen auf die noch immer bestätigte Erfahrung zurück, daß eine größere Zahl von Armen sich immer nur dann zu der Speiseanstalt gehalten hat, wenn sie durch wahre Noth dazu gedrängt wurde! Und wann hat sich dieses mehr bewahrheitet, als gerade in diesem Winter? <sup>1)</sup> Denken wir zunächst an die im Eingange berührten Verhältnisse zurück! Oder meint man, es habe während des verwichenen Winters nur eine unnöthige Sorge, nicht aber wahre Noth unter den ärmeren Classen unserer Stadt geherrscht? Niemand, der nur die hohe Steigerung der Preise für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse erwägt, Niemand, der mit unseren Armen in einige nähere Verührung getreten ist, wird dieses behaupten wollen. Und wie war nun, genauer betrachtet, die Lage der Dinge, als die Theuerung und Kälte zugleich hereinbrach? Die Stadtbehörden hatten allerdings durch Vereinbarung über eine Erhöhung der Armensteuer für die Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel Vorsorge getroffen; sie hatten es aber nach vorausgegangenen Erfahrungen nicht für angemessen erkannt, Vorräthe von Nahrungsmitteln anzuschaffen, um sie den Armen zu ermäßigten Preisen zu überlassen oder unentgeltlich auszutheilen. Auch die besonnenste Klugheit kann über solche Veranstaltungen verschieden denken <sup>2)</sup>; aber wir glauben es in Uebereinstimmung mit unseren erfahrensten Armenkennern, ja nach den mehrerwähnten Erfahrungen der Speiseanstalt selbst behaupten zu dürfen, daß, wenn die Armen auf irgend eine Weise die rohen Kartoffeln billig zu kaufen vermocht hätten, der Andrang zu der Speiseanstalt um ein Bedeutendes, vielleicht um die Hälfte verringert sein würde! Nun aber drängte sich Alles gerade zu der Speiseanstalt, die

<sup>1)</sup> Wenn wirklich einzelne Wohlhabende (doch dürfte sich dies auf einen oder zwei Fälle beschränken!) dreist genug gewesen sein sollten, für ihre Leute Speisen aus der Anstalt zu entnehmen, so konnte dieses doch nur dadurch geschehen, daß sie die Speisen durch Arme holen ließen, beruht also geradezu auf absichtlicher Täuschung, gegen die wohl Niemand völlig gesichert ist. — Einzelne Landleute und Fremde sind zum Theil von hiesigen Wohlthätern mit Speisekarten beschenkt; in anderen Fällen glaubte man zur Zeit der Noth auch einige Fremde nicht von der Anstalt zurückweisen zu dürfen!

<sup>2)</sup> Wir wollen hier nicht untersuchen, ob man sich mit Recht oder Unrecht durch eine frühere Erfahrung von dem Ankauf größerer Vorräthe von Seiten der Commune abschrecken ließ; bei etwaiger Fortdauer der Noth dürften aber die jüngsten Erfahrungen bei uns und in anderen Gegenden für Anschaffung solcher Vorräthe stimmen!



allein dem dringenden Bedürfnisse erwünschte Abhülfe gewährte. Und — erinnern wir uns nur daran! — damals war das allgemeine Urtheil, das sich in den höchsten, wie in den niedrigsten Kreisen aussprach: »in diesem Winter bewähre die Speiseanstalt ihren großen Nutzen.« Damals wurde dem Vorstande von allen Seiten auf das Dringendste angerathen, ja zur Gewissenssache gemacht, die Anstalt so weit als möglich auszudehnen, keinen Hilfsbedürftigen von derselben zurückzuweisen, und es wurde der Ausführung dieses Zweckes, was überall mit dem größten Danke erkannt wurde, durch die höchstgestellten Menschenfreunde der Stadt mehrfach Vorschub geleistet. So sehr sich indessen der Vorstand bei seiner täglichen Erfahrung von der herrschenden Noth aus eigener Bewegung gedrungen fühlte, auf diese Anforderungen einzugehen, so trug er doch Bedenken, den Ausfall der Anstalt zu einer täglich wachsenden Höhe und im Laufe des gesammten Winters bis zu einer noch unberechenbaren Summe zu steigern. Da aber Anforderungen von Seiten der einflussreichsten Mitglieder der Behörden zu der Hoffnung berechtigten, es werde der Anstalt nicht an dem nöthigen Zuschuß zur Deckung des unvermeidlich werdenden Ausfalls mangeln, so unternahm der Vorstand, von dem, selbst ehe er noch die mindeste Sicherung seiner Ausgaben hatte, kein Hilfsbedürftiger zurückgewiesen war, eine mit dem von selbst vermehrten Andränge fortschreitende Erweiterung der Anstalt. Und seine Hoffnung, sein Vertrauen sind nicht getäuscht. Se. Hoheit selbst schlossen sich den vielen Gönnern der Anstalt mit einer reichen Spende durch Veranstaltung eines Festes im herzogl. Hoftheater zum Besten derselben an; die Stadtbehörden aber haben bereits auf die Anforderung des Vorstandes eine für hinreichend gehaltene Summe zur Deckung des eintretenden Ausfalls (500 Thaler, exclusive der etatmäßigen 200 Thaler) bewilligt. Zwar läßt es sich auch jetzt noch nicht vollständig berechnen, ob diese Beisteuern genügen werden; schon lange Zeit hindurch hat aber die Sorgsamkeit des Vorstandes auch auf einen solchen Fall Bedacht genommen; denn derselbe hat bereits einen Fonds angesammelt, der zunächst dazu bestimmt war, um auch in außerordentlichen Zeiten, wo irgend möglich, keinen Zuschuß von den Stadtbehörden über den Etatsansatz hinaus in Anspruch nehmen zu müssen. Dieser rührt theils aus kleinen Ueberschüssen der früheren Jahre her, theils aus den Einnahmen mehrerer Concerte, welche von den hiesigen menschenfreundlichen Künstlern und Künstlerinnen zum Besten der Speiseanstalt unternommen sind.

Bedenkt man jetzt noch, daß beim Beginne des Winters die Größe der Anforderungen an die Speiseanstalt kaum annähernd zu bestimmen war, daß es außerdem an den nöthigen Fonds zur Anschaffung von größeren Vorräthen fehlte, so wie daß das Lokale der Anstalt keine zureichende oder angemessene Räume zur Aufbewahrung von solchen darbietet, so wird man sich, weit entfernt, die Ausgaben der Anstalt, von denen übrigens demnächst öffentlich Nachricht gegeben werden wird, zu hoch zu finden, nur zu der größten Anerkennung gegen den Vorstand verpflichtet fühlen, der die Befriedigung der unerwartetsten Ansprüche so vollständig möglich machte. Führt aber



auch die Beschränktheit der Lokalität, die auf einen so außerordentlichen Andrang in keiner Weise eingerichtet war, einzelne Mängel der Controle herbei, die indeß bei den großartigen Leistungen der Anstalt gar nicht in Betracht kommen können, und wurde es einzig aus demselben Grunde unmöglich, die Verabreichung der Speisen mit wünschenswerther Raschheit zu besorgen, so ist dagegen die stete Aufrechterhaltung der Ordnung den ganzen schweren Winter hindurch nur durch die Macht des Wohlwollens, wie die Zufriedenstellung der verschiedensten und allerdings oft sehr ausgedehnten Ansprüche bei den erwähnten Schwierigkeiten nur um so höher anzuschlagen! <sup>1)</sup>

Immer aber sind solche Institute nach ihrem Hauptzwecke und der Erreichung desselben im Großen und Ganzen zu beurtheilen, und in dieser Beziehung hat unsere Anstalt sich in der ganzen Zeit ihres Bestehens so bewährt, daß sie, wie schon früher, so insbesondere während der Nothzeit dieses Winters bei Einrichtung ähnlicher Anstalten in verschiedenen Städten unseres Landes wie anderer deutschen Staaten mit Recht zum Vorbild gedient hat. So wünschen wir ihr ein dauerndes Bestehen, können uns aber eben deshalb, und damit das in jeder Hinsicht wünschenswerthe Zusammenwirken der öffentlichen und Privatwohlthätigkeit auch hierbei für die Zukunft möglichst gesichert werde, der Untersuchung nicht entziehen, welche Bedingungen und Anordnungen in dieser Beziehung für das Fortbestehen der Anstalt erforderlich sind?

1) Eine Controle der Stadtbehörden über die Speiseanstalt findet bereits, und zwar nach dem oben Gesagten in hinreichendem Maße dadurch Statt, daß dieselben für gewöhnliche Zeiten nur die bestimmte, gewiß nicht übergroße Summe (von 200 Thlr. jährlich) als Zuschuß gewähren, namentlich wenn dabei eine städtische Deputation sich fortwährend in Kenntniß von den Verhältnissen der Anstalt erhält. Ist auf diese Weise einerseits das Bestehen einer Einrichtung gesichert, die im Ganzen als nützliche Ergänzung der öffentlichen Armenpflege anerkannt ist, so wird dabei andererseits eine Erweiterung des Instituts über das wahre Bedürfniß hinaus hinreichend verhütet werden können. In außerordentlichen Verhältnissen wird es immer in den Händen der Stadtbehörden liegen, bis zu welchem Maße die Speiseanstalt ausgedehnt werden soll, da dieses durchaus von der Größe des von ihnen zu bewilligenden Zuschusses abhängt.

Innerhalb dieser Schranken wird nun aber auch dem Vorstande der Anstalt als einem Vereine für Privatwohlthätigkeit möglichst freie Bewegung einzuräumen sein, wie im Folgenden im Einzelnen angedeutet werden soll.

2) Da es, wie grundsätzlich nachgewiesen ist, durchaus nicht in der Natur einer öffentlichen Armenpflege liegt, den Armen jede sonstige Gabe

<sup>1)</sup> Ein mit Recht zu rügender Uebelstand, welcher in diesem Winter bei der Anstalt vorgekommen ist, möchte wohl das stundenlange Abwärtigen vieler die Speisen holenden Armen sein; doch hat dieses eben nur in diesem Winter in Folge des übermäßigen Andranges zu der Anstalt zugleich mit der Enge des Lokales stattgefunden.



über den von ihr selbst bewilligten Absatz hinaus abzuschneiden, so wird auch den Vorsteherinnen der Speiseanstalt nicht zuzumuthen sein, (so wenig dieses einzelnen Privaten gegenüber auch nur versucht wird), daß sie recipirten Armen, von deren Hülfsbedürftigkeit sie die Ueberzeugung gewonnen haben, von der Vertheilung unentgeltlicher Speisekarten ausschließen oder ihnen gar den Ankauf der Speisen versagen. Ebenso wenig wird man von Seiten der Armenanstalt die Absicht der Privatwohlthätigkeit dadurch vereiteln wollen, daß man den Armen eine Wohlthat, die ihnen über die öffentliche Unterstützung hinaus zugebracht ist, bei dieser in Anrechnung und Absatz bringt.

Doch wollen wir hier noch einen möglichen Einwurf beleuchten. Die »Darstellung« sagt: (S. 41.) »Wenn ein Armer freie Beköstigung von Andern erhält,« so soll ihm dieses angerechnet werden; doch ist dieses dem ganzen Zusammenhange nach nur auf Verabreichung von Speisen, auf welche der Arme einen bestimmten Anspruch hat, namentlich wo Speisung in den Tagelohn einbedungen ist, zu beziehen. Nach der bisher geltenden faktischen Auslegung wird auch durchaus keine kleinliche oder gehässige Controle darüber geführt, ob Arme neben ihrem Almosen aus der Armenanstalt eine Unterstützung an Speisen durch Privatwohlthätigkeit erhalten. Selbst eine gewisse notorische Deffentlichkeit wird dabei übersehen, und zufolge des gesunden Sinnes unserer Pfleger ist es denselben ebenso wenig eingefallen, die Verabreichung der Speise-Karte aus den Kasernen oder der Ueberbleibsel aus den Gasthäusern, obgleich beide viele Arme hinreichend nähren, wie das so häufige Holen von Speisen aus Privathäusern bei der Berechnung des Bedürfnisses in Absatz zu bringen. Noch größere Aehnlichkeit mit der von der Speiseanstalt ausgehenden Mildthätigkeit hat die Wirksamkeit der Reconvalescentenanstalt wie des Brennmaterial-Vereins. Auch die von diesen verabreichten Naturalgaben werden mit Recht von keinem Armenpfleger den recipirten Armen in Anrechnung gebracht. Warum sollte dieses bei der Speiseanstalt geschehen, wo viele Armen die Speisen nicht einmal unentgeltlich erhalten, sondern bezahlen und ihnen dabei in der That nur ein sehr geringer, auch schwer zu veranschlagender Vortheil zu Gute kommt?

3) Es liegt gleichfalls in der Natur der Sache, daß es den Vorsteherinnen der Anstalt wie jedem Privaten völlig frei stehe, nicht recipirte und besonders eigentlich verschämte Arme nach eigenem Ermessen mit Speisen zu unterstützen, so weit ihnen Privatmittel für diesen Zweck zu Gebote stehen.

4) Eine Einsendung von Verzeichnissen der Armen, welche die Speisung unentgeltlich oder für Geld erhalten, an die betreffenden Armenpfleger oder an die Polizeibehörde erscheint nach dem Gesagten vielleicht überflüssig, könnte aber doch den Nutzen haben, den Vorstand der Speise-Anstalt wie die Pfleger durch gegenseitige Mittheilungen über die Verhältnisse der Armen aufzuklären; jedenfalls würde man dabei den Charakter des Officiellen zu vermeiden haben und sich auf Rathschläge, wer der Unterstützung bedürfe oder nicht, beschränken müssen.



5) Ebenso wenig wird man dem Vorstande der Speiseanstalt die freie Bewegung nach eigenem Ermessen bei der Anschaffung der nöthigen Vorräthe versagen dürfen. Gewiß wird derselbe auch in dieser Beziehung für den Rath erfahrener Männer nicht unempfänglich sein; doch liegt es in der Natur der Sache, daß denjenigen, welche die Bereitung der Speisen den Empfängern gegenüber zu vertreten haben, auch gestattet sein muß, das Material zu denselben nach eigener Ansicht auszuwählen. Das Gegentheil würde die mannichfachen Konflikte herbeiführen. — Eine genauere Einsicht der Rechnungen wird übrigens auch zeigen, mit welcher Industrie der Vorstand bisher bei seinen Einkäufen zu Werke gegangen ist, und welche Summe specieller eigener Erfahrungen er dabei bereits benutzt hat.

6) Ein Punkt, über den man verschiedener Ansicht sein kann, ist die Höhe des Verkaufspreises für die Speisen, und die Stadtbehörden haben dabei wohl auf eine Vereinbarung zu halten, doch werden dieselben die speciellen Erfahrungen der Anstalt gewiß, wie bisher, auch künftig nicht unberücksichtigt lassen dürfen und wollen.

Als die Anstalt eingerichtet wurde, glaubte sie den Armen eine möglichst große Erleichterung bei dem Ankaufe der Speisen zugestehen zu müssen, um zunächst ihr Vorurtheil zu besiegen; damals wurde der Preis für die Portion zu 3 Pf. angesetzt. Später erhöhte man denselben auf 4 Pf., und dann zufolge einer Vorstellung der Stadtbehörden (1843/44) auf 5 Pf., mit Ausnahme der Abonnenten, da es der Anstalt daran liegen mußte, die Armen durch den billigen Preis zu Vorausbezahlung auf eine Woche zu bestimmen, was nach ihren Erfahrungen nicht so leicht war <sup>1)</sup>. Die Armen den vollen Kostenpreis bezahlen zu lassen, würde auch jetzt noch mit großen Schwierigkeiten verbunden sein und jedenfalls, wie nach den früheren Erfahrungen anzunehmen ist, eine große Menge Arme von der Anstalt verschrecken, so daß es vielleicht nicht mehr der Mühe lohnen würde, dieselbe aufrecht zu erhalten. Außerdem ist aber auch der Ausfall durch den Verkauf unter dem Kostenpreise in gewöhnlichen Jahren selbst in der Summe so gering (vollständig mit den aus der Stadtkasse fließenden etatmäßigen 200 Thlr. zu bestreiten), daß die Stadt ihren Armen diese Erleichterung um ein so kleines öffentliches Opfer wohl zugestehen darf! In der Noth dieses Winters war endlich den Armen jedenfalls eine größere Erleichterung zu gewähren und dieselben würden den Kostenpreis, der sich nach einem vorläufigen Anschläge auf etwa 7 Pf. à Portion herausstellt, größtentheils gar nicht haben erschwingen können <sup>2)</sup>. Wenn indeß die von einzelnen Wohlthätern oder von

<sup>1)</sup> Vergl. Brschw. Magazin 1844, St. 46.

<sup>2)</sup> Wie viel größere Concessionen hat man in anderen Städten selbst des Braunschweigischen Landes machen müssen! In Schöppenstädt sind den Armen die Kartoffeln bis Anfang April unter dem halben Preise überlassen, außerdem noch bei Ankauf des Brotes Vortheile zugestanden. Auch die Zahl der durch die hiesige Speiseanstalt Unterstützten ist in der That noch nicht so übergroß gewesen. Wenn in der letzteren Zeit täglich 1600 Personen von der Anstalt versorgt wurden, so ist dieses noch kaum  $\frac{1}{24}$  der Bevölkerung; während z. B. in Gandersheim etwa  $\frac{1}{10}$  der Bevölkerung



dem Vorstande der Anstalt für eingegangene Gaben verschenkten Karten bei der Anstalt gleichfalls zu dem Preise von nur 5 Pf. à Portion in Anrechnung gebracht wurden, so kann dieses allerdings nur darin seine Rechtfertigung finden, daß man auf diese Weise sowohl mehr Wohlthäter dafür gewonnen hat, diese nützlichere Art des Almosens statt baaren Geldes auszugeben, als auch einer noch größeren Zahl von Armen eine Erleichterung bei Anschaffung eines dringenden Bedürfnisses verschaffen wollte. Für die Zeit der Theuerung war Beides jedenfalls höchst wünschenswerth; in gewöhnlichen Jahren wird aber auch die auf diesem Wege entstehende doch nur geringe Erhöhung des Ausfalls von der etatmäßigen Summe von 200 Thlr. mit gedeckt oder aus den außerordentlichen Einnahmen, welche der Vorstand für die Anstalt zu gewinnen weiß, durch Concerte u. s. w. z. B. 18<sup>42</sup>/<sub>43</sub> bestritten.

Sind indessen in diesem Winter wirklich manche Arme durch weniger strenge Zurückweisung des Bettelns verwöhnt, so konnte dieses bei der herrschenden Noth ohne in voraus getroffene Maßregeln nicht gänzlich verhütet werden, und man hat allerdings dafür zu sorgen, daß einer solchen Verwöhnung auf eine zweckmäßige Weise Einhalt geschehe. Nach den bisherigen Erfahrungen wird indeß der Zudrang zu der Speiseanstalt mit Verminderung der Noth von selbst wieder abnehmen. Vor allen Dingen gebe man aber nicht einer einzelnen Anstalt Schuld, was in den allgemeinen Verhältnissen begründet war, und schließe andererseits nicht von dem, was gerade in diesen außerordentlichen Zeitumständen eingetreten ist, ohne Weiteres auf Fortdauer desselben für die Zukunft!

### 3. Die Erwärmungs- und Beschäftigungssäle.

(Unpassend als »Spinnanstalt« bezeichnet.)

Daß der Speiseanstalt von den Stadtbehörden eingeräumte Gebäude enthielt in dem oberen Stock einige größere Räume, welche den Gedanken nahe legten, dieselben während dieses Winters zu gemeinsamer Erwärmung hilfloser Menschen zu benutzen. Der unermüdlche Wohlthätigkeitsinn der Stifterin dieser Einrichtung sah dieselbe nicht so bald von den Mitgliedern eines Unterstützungscomités gut geheißsen, als auch der Versuch zur Ausführung begonnen wurde, ohne daß die Kosten des Unternehmens auf irgend eine Weise gedeckt waren. Im Vertrauen darauf, daß es bei der entschiedenen Nützlichkeit der Veranstaltung nicht an Beihülfe für dieselbe fehlen werde, wurde bald eine Zahl von 50 der hilflosbedürftigsten Menschen, die zum Theil unheizbare Locale bewohnten und bei steigender Kälte einer gefährlichen Einwirkung des Frostes ausgesetzt waren, aufgefunden, welche die Auf-

---

aus der im Beginne des Winters nach dem Muster der hiesigen errichteten Speiseanstalt versorgt wurden! Die für die Gandersheimer Anstalt von verschiedenen Seiten her bewilligten Zuschüsse betrugen etwas über 700 Thlr.!



nahme in den Erwärmungssaal als eine große Wohlthat zu schätzen wußten. Manche wiesen freilich den Antrag zur Aufnahme zurück, weil sie sich mit dieser zu regelmäßiger Thätigkeit verpflichten mußten; jenen freiwillig Eingetretenen aber war sogleich auch eine angemessene Beschäftigung angewiesen (Spinnen, Stroheckenflechten u. s. w.), durch welche sie wenigstens einen Theil ihres Unterhaltes zu erwerben im Stande waren. Es wurde ihnen indeß von Anfang an vollständige Beköstigung (Frühstück, Mittags-, Vesper- und Abendessen) gereicht. Ueber Einnahme und Ausgabe für das ganze Unternehmen wurde gleichfalls von dessen Beginn an eine besondere Rechnung geführt; die der Speiseanstalt entnommene Speisung wurde dieser baar bezahlt (ebenso wie es von Seiten der Bildungsanstalt weiblicher Diensthöten, die gleichfalls im Lokale der Speiseanstalt eingerichtet ist, geschieht <sup>1)</sup>), da sich dieses, wie der Ausdruck der Stifterin darüber ist, »von selbst versteht.« Der Ausfall ist schließlich aus Geschenken, insbesondere aus den Einnahmen gedeckt, welche den im Lokale der Speiseanstalt vereinigten Anstalten aus dem von Sr. Hoheit veranstalteten Feste überwiesen wurden.

Mit dem Ende des Winters hat diese Einrichtung, wie es in ihrer Bestimmung lag, aufgehört (31. März), doch wäre es gewiß zu wünschen, daß, wie an anderen Orten, so auch in unserer Vaterstadt, eine ähnliche Anstalt in jedem Winter bestände, die auch in gelinden Jahren ihren Nutzen hat, bei strenger Kälte aber außerordentliche Vortheile gewährt, dann jedoch nicht so leicht plötzlich auf die zweckmäßigste Weise eingerichtet werden kann. Die Heizung für die Armen kann offenbar nicht wohlfeiler als bei Heizung von gemeinsamen Lokalen für eine große Menge beschafft werden; außerdem aber werden die Armen, die man in einem solchen Raum vereint, schon dadurch allein dem Bettel entzogen und können leichter zu einer regelmäßigen Beschäftigung angehalten werden. (Da übrigens mehrere Armen erst in der neuen Anstalt das Spinnen lernten, so durfte man in diesem Winter von dem Garn keine ausgezeichnete Qualität erwarten.)

Wir theilen hier noch die eigenen Worte der Stifterin über das Unternehmen mit: »Die Möglichkeit, jedem Armen, der sich bei mir meldete, Schutz gegen Hunger und Kälte bieten zu können, und das zu keinem Tadel Veranlassung gebende Betragen, der Fleiß und die Genügsamkeit dieser Leute, welche sich sonst auch bettelnd auf den Straßen umhergetrieben haben würden, haben mir so viel Freude gewährt, daß ich der löbl. Armendirection sehr dankbar bin, mir bis zu dem Tage, wo die Sache von selbst aufhört, so viel Flachs überlassen zu haben, als ich die Leute nicht selbst hinreichend mit Nähen, Stricken, Spinnen für hiesige Einwohner, Strohecken, Tagelöhnerarbeiten u. s. w. beschäftigen konnte.«

<sup>1)</sup> Diese Anstalt ist freilich ihrer ursprünglichen Bestimmung nach kein Wohlthätigkeits-, sondern ein Bildungs-Institut, gewährt aber durch Aufnahme ganz armer (zum Theil selbst bis dahin verwahrloster) Kinder und Unterbringung ihrer Zöglinge bei Herrschaften unseren Armen vielfache zweckmäßige Erleichterungen.



Aus den Büchern der Anstalt ersieht man endlich, daß  
 der Verdienst der in die Er-  
 wärmungsäle aufgenomme-  
 nen Personen . . . . . 71 Thlr. 18 Ggr.

die Ausgabe für Beköstigung

incl. Heizung, Aufsicht etc. 234 Thlr. 19 Ggr. 2 Pf. betrug;

wobei bemerkt ist: »dafür sind 87 Menschen längere odere kürzere Zeit auf dem Beschäftigungsaal erhalten; fast ebenso viele haben das Anerbieten nicht benutzt und sich also anderweitiger Unterstützung von unserer Seite verlustig gemacht. Am 28. Decbr. mit acht Leuten begonnen, stieg die Zahl Anfang Februar auf 52, welche bis zum letzten März in dieser Höhe blieb. (Wir erhielten 390 Pfund Flachs; wenn wirklich an jedem Pfunde 2 Ggr. Verlust ist, so wären dieß noch 32 Thlr. 12 Ggr. Kosten)«. Der Gesamtzuschuß würde hiernach nicht völlig 200 Thlr. erreichen, was nach einer vorläufigen Durchschnittsberechnung einen Wochenzuschuß für den Kopf von etwa 8 Ggr. beträgt. Es versteht sich übrigens wohl von selbst, daß, wenn eine ähnliche Anstalt von Seiten der öffentlichen Armenpflege eingerichtet würde, bei derselben mit Fug und Recht eine Ersparung an baarem Geldalmosen für die vollständige Versorgung mit Speise und Feuerung eintreten würde.

Das hier kürzlich dargestellte Unternehmen verdient gewiß jedenfalls die größte Aufmerksamkeit und darf bei näherer Kenntniß desselben der all-gemeinsten Billigung versichert sein, wie die etwaigen bemerkbar gewordenen Mängel schon desshalb, weil das Ganze nur ein Versuch war, mit Rücksicht beurtheilt werden sollten.

#### 4) Die Commission zur Unterstützung verschämter Armen.

Diese Commission war im Herbst des vorigen Jahres von dem hiesigen Bürgerverein niedergesetzt, als die Erwägung der für den Winter drohenden Noth alle Wohlwollenden antrieb, auf Maßregeln zur Abhülfe derselben Bedacht zu nehmen. Ihr Zweck ging, wie es ein Commissionsbericht ausdrückt, dahin: »bei dem durch Theuerung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse hervorgerufenen Nothstande Abhülfe für hiesige Stadt zu gewähren und zwar für solche Hilfsbedürftige, namentlich Kranke, die von Seiten der Armenanstalten gar keine <sup>1)</sup> oder ihren eigenthümlichen Verhältnissen gemäß keine genügende Beihülfe erhielten <sup>2)</sup>.« Die nähere Bestimmung der von der Commission zu berücksichtigenden Classen und Individuen war ihrem Ermessen überlassen. Die Erfahrung mußte dieselbe dann sehr bald überzeugen, »wie schwer es sei, in diesen Verhältnissen bestimmte Gränzen zu

<sup>1)</sup> Dabei faßte man von Anfang an ganz besonders die hier nicht domicilirten Armen in das Auge, was bei der herrschenden Noth allgemeine Billigung fand.

<sup>2)</sup> Seitdem die Armenanstalt sich bewogen fand, den Armen eine außerordentliche Zulage zu gewähren, wurden nur in besonders bringenden Fällen (s. u.) recipirte Arme aus den Mitteln der Commission unterstützt.



ziehen und inne zu halten, da hier theils die Unterschiede der Classen sehr in einanderfließen, theils Individuen der verschiedensten Art sich in temporärer Noth befanden, welche die schleunigste Abhülfe forderte, die für den Augenblick Niemand als die Commission zu gewähren vermochte.“ Die ersten Unterstützungsgesuche betrafen vorzugsweise eigentlich verschämte Arme, die ihrer bürgerlichen Stellung gemäß die Unterstützung durch die Armenanstalt nicht nachsuchen konnten oder wollten; bald meldete sich indeß auch eine große Zahl solcher Armen aus der arbeitenden Classe, welche vermöge ihrer Arbeitsfähigkeit auf keine Unterstützung aus der öffentlichen Anstalt Anspruch hatten und dennoch, theils weil sie im letzten Sommer nicht genügend für die gesteigerten Winterbedürfnisse hatten zurücklegen können, theils weil ihnen die anhaltende Kälte auch den sonstigen Winterverdienst entzog, in augenblicklich drückende Noth geriethen. Die genaueste Prüfung der betreffenden Verhältnisse mußte die nächste Aufgabe der Commission sein; zur Erleichterung des Geschäfts wurde dasselbe nach Stadtbezirken unter die Mitglieder vertheilt und zu gewisserer Erforschung des Thatsächlichen nahmen diese theils Erkundigungen bei der hies. Polizeibehörde und bei den Herren Armenpflegern, theils wo ihnen dieses angemessen erschien, persönliche Besuche bei den Bittstellern zu Hülfe. Ein Blick in die häuslichen Umgebungen der Armen lehrte sie hier oft mehr, als jede schriftliche oder mündliche Mittheilung von Anderen. Als Ursachen des weitverbreiteten, wenn auch nur vereinzelt hoch gesteigerten Nothstandes erkannte man bald »1) den seit kürzerer oder längerer Zeit, zum Theil schon im vorigen Sommer verringerten Verdienst, 2) die Theuerung der Lebensmittel, 3) die seit Anfang Decembers anhaltende Kälte, 4) Krankheiten, von denen jedoch nur Kinderkrankheiten in weiterem Kreise verbreitet waren, 5) das Andringen der Wirths zur Bezahlung der Miethschuld.“

Den letzteren Punkt glaubte die Commission namentlich bei dem Fälligwerden der Weihnachtsmiete vorzugsweise in das Auge fassen zu müssen, da sie vollkommen der auch von unseren Armenanstalten anerkannten Ansicht beitrug, »daß die Miethrückstände mit den drückendsten Nachtheilen für die Armen, zugleich aber für die Hausbesitzer und selbst für manche Capitalisten verknüpft sind, insbesondere jedoch für die Ersteren, da nach den bestehenden Gesetzen dem Armen für Miethschuld auch das Nothwendigste, Betten (selbst den Kranken) und Handwerksgeräth genommen werden kann« <sup>1)</sup>.

Bald überzeugte sich jedoch die Commission einerseits, daß die Wirths schon nach der herrschenden Sitte bewogen werden konnten, die Armen bis zum Eintritte des Sommergeverdienstes zu befristen, auf der anderen Seite aber mußte sie anerkennen, daß sie die außerordentlich hoch gesteigerte Summe der Miethschulden nicht einmal annähernd zu decken vermochte, wo-

<sup>1)</sup> Eine von der Humanität geforderte Milderung der betreffenden Gesetze ist im preussischen Staate im Laufe der letzteren Jahre erfolgt, und kann gewiß nirgend lange verzögert werden.



gegen das Bedürfniß, für Speisung und Erwärmung und insbesondere für Pflege der Kranken in den dringendsten Fällen zu sorgen, schon für sich allein die ihr zu Gebote stehenden Mittel vollständig in Anspruch nahm. Sie konnte sich deshalb einstweilen fast nur auf Berücksichtigung der letztgenannten Verhältnisse einlassen, und bei dem häufigen Vorkommen derselben sah sie sich bald genöthigt, ihre einzelnen Gaben auf einen sehr geringen Betrag zu beschränken. Allerdings mußte dieser den Umständen nach immer noch sehr verschieden bestimmt werden, doch hat sie auch für eigentlich verschämte Arme nur sehr mäßige Unterstützungen zu gewähren vermocht <sup>1)</sup>. Ihre Wirksamkeit im Ganzen mag aber bis zu einer weiteren Berichterstattung darnach ermessen werden, daß etwa 1300 Unterstützungen mit einer Gesamtsumme von 2000 Thlr. durch die Commission bestritten worden sind. Es haben dabei auch mehrfach solche Personen berücksichtigt werden müssen, welche der öffentlichen Armenpflege überwiesen werden konnten, die aber augenblicklich in so drückender Lage waren, daß die zu erwartende Bewilligung von Seiten der Armenanstalt nach dem bisherigen Geschäftsgange nicht rasch genug erfolgen konnte. — Uebrigens gewann die Commission bei Krankheitsfällen die beruhigende Ueberzeugung, daß, wenigstens grundsätzlich, die freie Cur in allen Nothfällen von der städtischen Armenanstalt sogleich bewilligt wird; wo dieses ausnahmsweise nicht geschah, so wie für eigentlich verschämte Arme, wurde in dieser Beziehung dadurch gesorgt, daß mehrere hiesige Aerzte sich bereit erklärten, die Behandlung unentgeltlich zu übernehmen, wie die H. Apotheker der Stadt sich freiwillig zu unentgeltlicher Lieferung einer für mehrere Monate ausreichenden Anzahl von Arzneien erbieten. Durch die Bemühungen einiger Mitglieder des Bürgervereins wurde gleichzeitig eine Ausdehnung der Reconvalescenten-Speisungsanstalt des Dr. Mansfeld versucht, die nicht ohne Erfolg blieb, immer aber noch in höherem Maße zu wünschen ist; mehreren Familien wurde auch dadurch Erleichterung gewährt, daß Dr. Mansfeld als Mitglied der Commission die Aufnahme ihrer Kinder in die Kleinkinderbewahranstalt rasch vermittelte. Bei der Fürsorge für eigentlich verschämte Arme hat sich die Commission mit dem löblichen Frauenverein, der vor Allem jener Bestimmung geweiht sein soll, mehrfach in Verbindung gesetzt.

Zur Herbeischaffung von Nahrung und Brennmaterial fand es die Commission in vielen Fällen am Zweckmäßigsten, die Verwendung ihrer Unterstützungen durch unmittelbare Verbindung mit der Speiseanstalt und dem Brennmaterial-Verein zu sichern. Kleidung und Betten hat sie nur in wenigen Fällen zu verwilligen nöthig gefunden; wo dieses erforderlich schien,

<sup>1)</sup> Auf grundlose Gerüchte einzugehen, liegt außer dem Zwecke dieser Blätter; doch mag hier erwähnt werden, daß manche Familien, für die nie eine Unterstützung durch die Commission in Anspruch genommen war, mit großer Bestimmtheit als solche genannt wurden, die von derselben einen niemals einem Einzelnen zugestandenen Betrag (es sind ohne Weiteres 50 Thlr. genannt!) erhalten hätten.



ist sie meistens bei Einlösungen von verpfändeten Gegenständen der Art zu Hülfe gekommen. Zur Kleidung solcher Confirmanden, die nicht von der Armenanstalt ausgestattet wurden, übergab die Commission dem Confirmations-Vereine einen Beitrag von 20 Thlr.

Die Commission mußte sich indeß mehr und mehr überzeugen, daß Arbeitsanweisung das einzig mögliche und zweckmäßige Mittel sei, der herrschenden Noth auf die Dauer zu steuern; da diese aber über ihre Kräfte hinausreichte, mußte sie sich um so mehr zu dem lebhaftesten Dank verpflichtet fühlen, da die persönliche Ansicht Sr. Hoheit, wie die Maßregeln der Landesregierung und der Stadtbehörden ihren mehrfach ausgesprochenen Wünschen entgegenkam <sup>1)</sup>. Obgleich indessen in den letzten Monaten eine Menge von Beschäftigungen Gelegenheit zum Verdienst für die arbeitende Classe eröffnet hat, so hat die Commission ihre Thätigkeit, wenn auch zu beschränken, doch bei vielfachen zum Theil dringenden Ansprüchen, namentlich in Bezug auf Miethbrüchlinge, immer noch nicht einzustellen vermocht, und sie ist deßhalb von der freudigsten Anerkennung der unter den Bewohnern Braunschweigs herrschenden Mildthätigkeit beseelt, welche ihr auf die verschiedenste Weise die Herbeischaffung der erforderlichen Geldmittel, die allerdings eine ihrer Hauptaufgaben war, erleichtert haben.

Dürften wir am Schlusse eines sorgenvollen Winters hoffen, noch einen Ueberschuß für spätere Zeiten zurückzulegen und dadurch vielleicht das dauernde Bestehen einer Verbindung zu sichern, die, wie der Bürger-Hülfsverein durch Darlehen, so in besonderen Nothfällen durch freie Gaben der Liebe das Herabsinken mancher Familien zu verhüten vermöchte, so wäre damit durch die Privatwohlthätigkeit Braunschweigs eine neue Anstalt in das Leben geführt, die sich an die bisher zu großem Segen bestehenden Einrichtungen ähnlicher Art auf das Herrlichste anreihen würde <sup>2)</sup>. Ihr Bestreben würde aber auch das Verhältniß der Privatwohlthätigkeit zur öffentlichen Armenpflege in das vortheilhafteste Licht stellen, indem jene es immer zu ihrer Hauptaufgabe zu machen hat, die durch Ungunst der Verhältnisse zur Mittellosigkeit herabsinkenden Dürftigen der Nothwendigkeit, den öffentlichen Armenanstalten anheim zu fallen, zu überheben, und so jenen Unglücklichen ein immer beklagenswerthes Schicksal, wie der Anstalt und

<sup>1)</sup> Nachweisung von Arbeiten bei Privaten, und, wo es an solchen fehlt, Veranstellung öffentlicher Arbeiten so wie Einrichtung von Arbeitshäusern sind gewiß die wünschenswerthe Armenunterstützung. Wir wissen wohl, mit welchen Schwierigkeiten die Anlegung der Arbeitshäuser zu kämpfen hat, doch wird in der That noch oft der Kostenaufwand für dieselben zu sehr geschont, obgleich unser Leisewitz richtig sagt: „Ihr Vorthell besteht nicht bloß in dem Werthe des Productes nach Abzug der Arbeitskosten; diese Kosten selbst sind ihr wesentlichster Gewinn;“ vgl. die ganze treffliche Stelle, Werke S. 142. Auch unser Pflege- und Armenhaus bekräftigen diese Wahrheit mannichfach.

<sup>2)</sup> Ein ähnlicher Wunsch ist auch in dem Aufsatze des Herrn Stadtdirector Vode im Schw. Magaz. St. 50 d. J. 1846 ausgesprochen, wobei zugleich zur Kürsorge für verschämte Arme weiblichen Geschlechts auf ein gleichfalls im Laufe dieses Winters eröffnetes Institut für weibliche Industrie-Arbeiten hingewiesen wird.

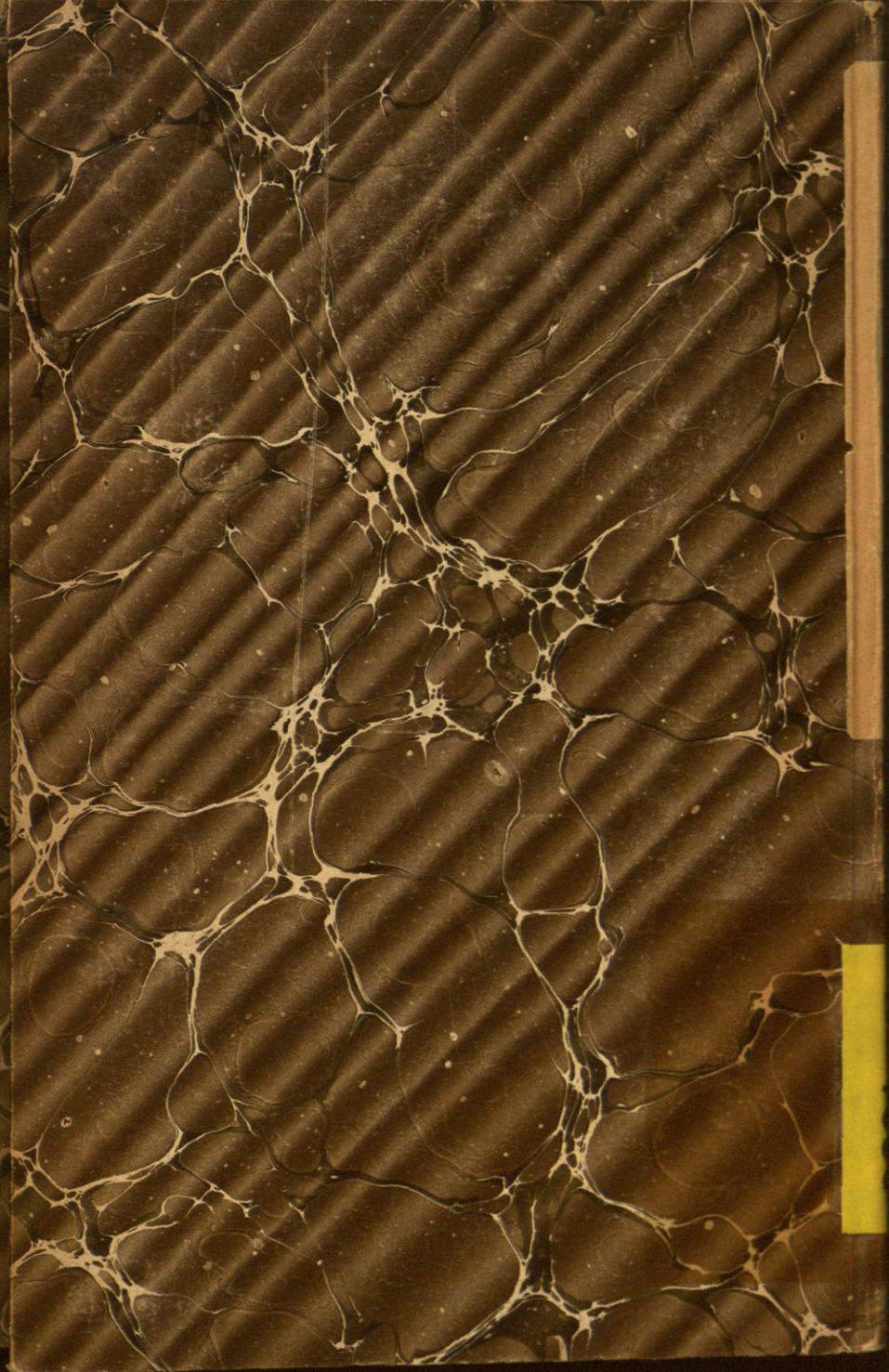


damit den sämmtlichen Gemeindegliedern eine Last zu ersparen, die doch aus vielen Ursachen in unseren Tagen schon immer drückender wird.

Wie die Commission für verschämte Arme dieses Ziel schon bei ihrer bisher besprochenen Wirksamkeit vor Allem in das Auge faßte, so hat dasselbe Bestreben sie insbesondere zu dem Versuche einer neuen Anstalt vermocht, durch welche, was bei jeder Armenfürsorge das Wichtigste bleibt, der Hülfsbedürftige möglichst auf eigene Kräfte und Mittel zu seiner Hülfe verwiesen wird. Wir meinen hier den vom Stadtmagistrat bestätigten und höchsten Orts genehmigten Verein zur Beförderung der Sparsamkeit, auf dessen Einrichtung das hiesige Publikum durch einen besonderen Aufruf in den letzten Wochen aufmerksam gemacht ist. Die Commission zur Unterstützung verschämter Armen würde ihre größte Beruhigung wegen der Sorge, die ihr die Kenntniß von den zu einer enormen Höhe gestiegenen Miethschulden der Armen erweckt, in einer zahlreichen Theilnahme an diesem Vereine finden; sie hoffte durch die Begründung desselben die Armen auf das beste Mittel, sich ihrer Schulden zu entledigen, so wie die Hauswirth auf den sichersten Weg, ihre Ansprüche, wenn auch nur allmählich, befriedigt zu sehen, verwiesen zu haben, dadurch aber die ersteren zur Sparsamkeit, wie die letzteren zu einer unter den drückenden Verhältnissen von der Christlichen Liebe doppelt gebotenen Nachsicht zu bestimmen. Hat für jetzt gerade die gegenwärtige Noth, bei welcher es nur wenigen Armen möglich ist, Ersparungen zu machen, die Ausführung des Versuches auf eine spätere Zeit hinausgerückt, so ist doch zu erwarten, daß die Lehren, welche die Nothzeit gebracht hat, zur Förderung des Unternehmens in besseren Tagen nicht unkräftig bleiben werden.

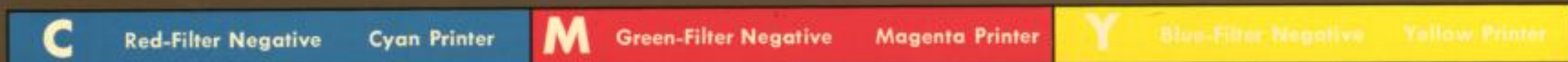
Möge die Privatwohlthätigkeit auch in unserem Braunschweig unermülich fortwirken, und, vom Gemeinsinn getragen, unerschöpflich reich an edlen Blüthen und Früchten, immer mehr Veranstaltungen zur Abhülfe der Noth ersinnen und in das Leben führen! Mögen wir uns dabei beständig bewußt bleiben, daß bei dem schwierigen Gesäfte der Armenpflege, zumal bei der zunehmenden Menge der Armen, Verstand und Gefühl Hand in Hand gehen müssen, um den Zweck derselben möglichst zu erreichen, daß dazu aber auch Privatthätigkeit und öffentliche Armenpflege ihr gegenseitiges Verhältniß immer klarer zu erkennen und immer richtiger in die Wirklichkeit zu führen haben. Erst dann ist eine wahrhaft segensreiche Armenfürsorge gesichert!







# KODAK GRAY SCALE



## KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*